

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Zbigniew K. Brzezinski
Der Rahmen
für eine Aussöhnung
zwischen Ost und West

Winfried Steffani
Martin Luther King:
Theorie und Praxis
gewaltfreier Aktion

B 13/68

27. März 1968

Zbigniew K. Brzezinski, Direktor des Research Institute on Communist Affairs und Professor für Public Law and Government der Columbia-Universität; geb. 28. März 1928 in Warschau.

Veröffentlichungen u. a.: The Soviet Bloc — Unity and Conflict, Cambridge, Mass. 1960 (deutsch: Der Sowjetblock — Einheit und Konflikt, Köln 1962), Ideology and Power in Soviet Politics; Africa and the Communist World, Cambridge, Mass. 1964; Political Power USA — USSR, New York 1964 (deutsch: Washington — Moskau, Köln 1966).

Winfried Steffani, Diplom-Politologe, Dr. phil., o. Prof. für Politische Wissenschaft und Direktor des Seminars für Sozialwissenschaften der Universität Hamburg, geb. 1927 in Znin (Posen).

Veröffentlichungen u. a.: Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtages zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1960; Gewaltenteilung im demokratisch-pluralistischen Rechtsstaat, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS) 1962; Cannon ist tot, lang lebe Mahon — Seniorität im amerikanischen Kongreß, in: Der Monat 1964; Amerikanischer Kongreß und Deutscher Bundestag, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 43/65 v. 27. 10. 1965; Zur Kritik am Parteienstaat und zur Rolle der Opposition, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 45/65, v. 10. 11. 1965; Das ‚Rules Committee‘ des amerikanischen Repräsentantenhauses: Eine Machtbastion, in: PVS 1967.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 6,— vierteljährlich (einschließlich Mehrwertsteuer DM 0,29) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Der Rahmen für eine Aussöhnung zwischen Ost und West

I. Drei Konzepte auf der Suche nach Realität

Europa wird immer unwilliger über die Teilung, die ihm vor mehr als zwanzig Jahren aufgezwungen worden ist. Die Teilung zu beenden und damit einen Schritt vorwärts zu tun in Richtung auf eine größere Gemeinschaft der entwickelten Länder — diese Aufgabe erfordert Ausdauer und Phantasie, zwei Tugenden, die oft einander widerstreiten. Sie erfordert auch, klar und deutlich zu fragen: Was kann in den nächsten zwanzig Jahren getan werden, um diesen Zustand zu ändern — und zwar auf eine Weise zu ändern, die vereinbar ist mit den historischen Entwicklungstendenzen und den unmittelbaren Erfordernissen der politischen Wirklichkeit?

Auf diese Fragen bieten sich heute mehrere Konzepte als Antwort an. Drei besonders hervorsteckende verdienen nähere Untersuchung: die atlantische Konzeption, die gaullistische Vision von einem „europäischen Europa“ und die sowjetische Idee eines europäischen Sicherheitsabkommens. Sagen wir gleich, daß sie alle drei, wenn auch auf verschiedene Art, unzulänglich oder nur teilweise zufriedenstellend sind. Das erste entstammt der vergänglichen Konstellation des Kalten Krieges und berücksichtigt nicht die wachsenden politischen Sorgen Europas, mag es auch im großen und ganzen mit der geschichtlichen Hauptströmung übereinstimmen; das zweite spiegelt politische Stimmungen des Augenblicks wider, ignoriert aber die historischen Tendenzen; das dritte versagt in beiderlei Hinsicht.

Das atlantische Konzept drückt so, wie es gewöhnlich gebraucht wird, nicht nur eine bestehende Tatsache aus, nämlich, daß Amerika und Europa eine besondere Affinität zueinander haben, sondern auch den Wunsch nach einem ganz bestimmten Verhältnis zwischen ihnen. Das Spektrum reicht dabei von der Vorstellung einer eng integrierten atlantischen Gemeinschaft, in der die Vereinigten Staaten und einzelne europäische Länder zu

einem Ganzen verschmolzen sind, bis zu dem berühmten Konzept der Partnerschaft zwischen Amerika und einem geeinten Westeuropa. Eine solche Partnerschaft — so wird behauptet — würde eine unwiderstehliche magnetische Anziehungskraft auf den Osten ausüben, und so würde schließlich das europäische Problem, vor allem das Problem der Teilung Deutschlands, irgendwie gelöst werden. Solch ein Europa würde auch mit Amerika gewisse globale Verantwortungen teilen — eine Hoffnung, die öfter von amerikanischen als von europäischen Sprechern geäußert wird.

Wie die europäische Regelung mal aussehen und mit welchen Mitteln sie erreicht werden soll, erklären die Atlantiker meist nicht im Detail. Das ist nicht verwunderlich, weil das Konzept der atlantischen Partnerschaft die Schaffung eines vereinigten (oder integrierten) Westeuropas voraussetzt. Es wird aber lange dauern, bis das erreicht ist — sicherlich länger, als ursprünglich angenommen wurde. Bis da-

Winfried Steffani:

Martin Luther King: Theorie und Praxis

gewaltfreier Aktion S. 15

hin muß nach der Prioritätenliste der Atlantiker das Problem der anderen Hälfte Europas in der Schwebe bleiben. Verfrühte Verbindungen mit dem Osten würden die westlichen Institutionen verwässern und fremde Ideologien und Systeme in das familiäre Milieu hineinbringen. Dadurch würde sich das Erscheinen „des Partners“ in der atlantischen Partnerschaft verzögern.

Eine besondere Komplikation kommt noch durch die deutsche Frage hinzu. Ein unabdingbarer Bestandteil des atlantischen Konzepts ist der Gedanke, daß der westeuropäische Partner nur dann bestehen und gedeihen kann, wenn alle seine Mitgliedsstaaten in jeder Hinsicht gleichgestellt sind. Das Sinnlose und Tragische einer Deutschland-Lösung vom Typ „Versailles“ ist oft als Grund dafür angeführt worden, daß jede Regelung vermieden werden muß, die die Bundesrepublik diskriminiert. Voraussichtlich würde der vereinigte europäi-

Mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber dem Januar-Heft der New Yorker Vierteljahresschrift FOREIGN AFFAIRS entnommen (Copyright by the Council on Foreign Relations Inc., New York).

sche Partner der atlantischen Gemeinschaft zugleich Partner atlantischer Sicherheitsvorkehrungen sein, und zwar auch auf nuklearem Gebiet. Daraus folgt logisch, daß Deutschland das Recht haben müßte, sich gleichberechtigt an einer europäischen nuklearen Verteidigungsstreitmacht zu beteiligen.

Die rein atlantische Einstellung zum ungelösten Problem der Teilung Europas bringt also zwei grundlegende Dilemmas ins Spiel. Die Ost-West-Beziehungen werden vorerst als zweitrangig behandelt; der Akzent liegt auf der Schaffung eines unverwässerten Westeuropas. Man ist sogar dagegen, daß Staaten des Ostens bestehenden westlichen Organisationen wie der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) beitreten oder sich ihnen assoziieren, weil das verfrüht sei oder dem eigentlichen Zweck der multilateralen Zusammenarbeit des Westens abträglich werden könne. Gleichzeitig wird der europäische Widerstand gegen die Partnerschaft versteift durch die Befürchtung (oder den Verdacht) einiger westeuropäischer Staaten, das atlantische Konzept ziele im Grunde nur darauf ab, die amerikanische Hegemonie in Europa aufrechtzuerhalten und Amerikas Bürde in der Dritten Welt zu erleichtern. Der Augenblick, wo sich der Westen ernsthaft dem unbewältigten Erbe des Zweiten Weltkriegs zuwenden kann, wird damit auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben.

Und ferner: Wenn man immer wieder den Akzent auf vollkommene Uniformität innerhalb der europäischen Komponente der atlantischen Partnerschaft legt, und zwar einschließlich des Gebiets der nuklearen Sicherheit, so bringt man damit einen unrealistischen Zug in die Diskussion der deutschen Frage. Kein Wortführer der atlantischen Idee hat bisher zeigen können, wie — und warum — der Osten den Gedanken der deutschen Wiedervereinigung akzeptieren soll, wenn das Resultat ein automatischer Machtzuwachs für eine westliche Allianz ist, zu der ein deutscher Finger am nuklearen Abzug gehört. Man will keinen Unterschied sehen zwischen Ungleichheit — die tatsächlich keine solide Grundlage für eine Gemeinschaft von Nationen abgibt — und einer von den politischen Realitäten und dem Wunsch, diese Realitäten friedlich zu ändern, diktierten Sonderstellung. Deshalb ist eine atlantische Position zur deutschen Wiedervereinigung formuliert worden, die die Fortdauer der deutschen und damit auch der europäischen Spaltung garantiert.

Schließlich gehört zum atlantischen Konzept unausgesprochen der Gedanke, daß Europa eigentlich nur Westeuropa sei. (Tatsächlich

sagen die Atlantiker gewöhnlich „Europa“, wenn sie seine westliche Hälfte meinen.) Damit ignoriert dieses Konzept das in Europa weitverbreitete Gefühl, daß die aus dem Kalten Krieg stammende Teilung des Kontinents in eine amerikanisch und eine sowjetisch beherrschte Hälfte nicht mehr irgendwelchen politischen oder Sicherheitsbedürfnissen entspricht und daß es an der Zeit ist, die europäische Spaltung zu beenden. Das atlantische Konzept in seiner ursprünglichen Form ist auf diesen Zustand nicht anwendbar. Das ist ein Hauptgrund dafür, daß es den Vereinigten Staaten so schwer fällt, sich auf die neuen Ost-West-Beziehungen einzustellen, obwohl sie bei der Entwicklung dieser Beziehungen als Pioniere vorangegangen sind¹⁾.

Von den amerikanischen Initiativen an der Ost-West-Front, die in Wirklichkeit weitblickend, phantasievoll und im großen und ganzen konstruktiv waren, ist ein verzerrtes Bild entstanden, weil versäumt wurde, das atlantische Konzept der Ära „nach dem Kalten Krieg“ in Europa anzupassen. Diese Initiativen wurden von den Vereinigten Staaten im Kontext eines Konzepts entwickelt, das manche gleichsetzen mit amerikanischer Hegemonie, andere mit amerikanischer Vorliebe für den Status quo (einschließlich Teilung). Deshalb verstärkte unser Handeln den Argwohn der Europäer, daß Amerika einen Kuhhandel mit Rußland machen möchte — auf Kosten Europas. Zweifel an dieser Art Entspannung blieben nicht auf Westeuropa beschränkt; auch im Osten gab man zu verstehen, nicht das sei es, was man erhofft habe. Die Anziehungskraft de Gaulles wuchs in dem Maße, wie Amerika seine Bemühungen um eine Aussöhnung zwischen Ost und West intensivierte.

In gewissem Sinne versuchte Präsident Johnson in seiner bahnbrechenden Rede vom 7. Oktober 1966, dieser Schwierigkeit beizukommen. Er betonte, es bestehe eine gegenseitige Abhängigkeit zwischen der Festigung der atlantischen Allianz und der Verstärkung der Bande zwischen Ost und West. Die grundlegende begriffliche Schwierigkeit wurde damit jedoch nicht überwunden; der schwelende Widerspruch zwischen westlicher Einheit und Entspannung blieb bestehen. Diese Lage wurde verschlimmert durch den Vietnam-Krieg, der

¹⁾ Es ist mode geworden, die Idee der Entspannung in Europa de Gaulle gutzuschreiben. In Wirklichkeit leisteten die Vereinigten Staaten Pionierarbeit auf diesem Gebiet — zuerst durch die Unterstützung Jugoslawiens, dann Polens, durch die Entwicklung des Kulturaustauschs mit der Sowjetunion und anderen Staaten und durch wechselseitige Besuche auf höchster Ebene. De Gaulle spottete damals über diese Schritte und begann ihnen erst später nachzueifern.

den gegenseitigen Argwohn quer über den Atlantik hinweg verstärkte, und durch de Gaulles peremptorische Schritte, die der Sowjetunion Gelegenheit zu diplomatischen Störmanövern gaben. Beides zusammen bewirkte, daß die Deutschen (wie in den Reden Kiesingers und Brandts im Juni—Juli 1967 angedeutet) ihr Interesse an engen atlantischen Bindungen grundsätzlich zu überdenken begannen und wachsende Neigung zeigten, es einmal mit bilateralen Verhandlungen mit Rußland zu versuchen. Im Zug dieser Ereignisse ging die unmittelbare Bedeutung der Vereinigten Staaten für West- und Osteuropa zurück.

Diesen Rückgang und die begriffliche Unzulänglichkeit des atlantischen Konzepts nutzte de Gaulle aus. Weit entfernt, ein wiedervereinigtes Deutschland zu wünschen (gelegentliche Bekenntnisse dazu waren rein rituell), strebte er danach, ein neues europäisches Gleichgewicht zu schaffen. De Gaulle hat seine Ideen niemals so systematisch dargelegt, wie das atlantische Konzept formuliert worden ist, aber sein zentrales Ziel war und ist es, die Präsenz der beiden äußeren „Hegemonial“-mächte in Europa zu verringern. Zu diesem Zweck sollte zunächst ein westeuropäischer harter Kern unter Führung Frankreichs entstehen, herausgelöst aus der atlantischen Integration, aber weiterhin unter dem nuklearen Schutz der Vereinigten Staaten. Dieser Kern würde dann ans Werk gehen, ein „europäisches Europa bis zum Ural“ zu schaffen, das heißt die europäische Ost-West-*détente* schließlich in eine *entente* zu verwandeln.

Die Einzelheiten des Plans blieben nebelhaft, aber so viel ist offenkundig, daß de Gaulle, um seine Ziele zu erreichen, geschickt die Unzufriedenheit der Europäer und die asiatischen Schwierigkeiten seiner beiden mächtigen Gegner ausbeutete. Er baute darauf, daß der chinesisch-sowjetische Konflikt Rußland nach Europa treiben werde, und er machte sich das amerikanische Engagement in Vietnam zunutze, um ein Bewußtsein spezifisch europäischer Interessen zu erzeugen. Obzwar darauf bedacht, den amerikanischen nuklearen Schutz nicht zu verlieren, deutete er an, die Teilung Europas werde dereinst überwunden werden durch Auflösung der sich feindlich gegenüberstehenden Bündnisse NATO und Warschauer Pakt, die beide *de facto* Agenturen der Hegemonialmächte seien. Ein Europa, das sich auf bilaterale Beziehungen stütze, den Primat der nationalen Souveränität anerkenne, aber zu enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit bereit sei, wenn immer dies zweckmäßig erscheine (besonders für Frankreich) — solch ein Europa

werde ein gesundes, ja ein aufsteigendes Europa sein.

Auf den ersten Blick erscheint das Konzept des Generals einleuchtend. Seine Hochschätzung des Nationalstaats entspricht dem traditionellen nationalistischen Denken Europas. Die antihegemonialen Bestandteile seines Konzepts sind eine nützliche Zugabe; sie ziehen besonders Teile der jüngeren Generation an, die der — wie sie es sehen — Vormachtstellung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in Europa müde sind.

Es ist jedoch mehr als zweifelhaft, ob de Gaulles Konzept der Gegenwart Europas — von der Zukunft ganz zu schweigen — besser gerecht wird als die Ideen, die er ablehnt. Die Auflösung der beiden Allianzen könnte vielleicht das Problem der Konfrontation lösen, würde aber bestimmt neue Probleme schaffen. Das Argument, der Kalte Krieg könne aus der Welt geschafft werden, indem man die Blöcke beseitige, ist nicht nur trügerisch attraktiv, es ist auch gefährlich falsch.

Wenn nämlich ein locker organisiertes Westeuropa sich um Entspannung gegenüber dem Osten bemühte, könnte das Resultat nur sein, daß der Westen den Status quo hinnähme, insbesondere die permanente Existenz zweier deutscher Staaten. Ein politisch zerstückeltes Westeuropa wäre unfähig, in die gleiche Richtung auf ein gemeinsames Ziel hinzusteuern; der einzige gemeinsame Nenner wäre Entspannung um der Entspannung willen. Das würde unvermeidlich dazu führen, daß sich die westlichen Staaten in der Verbesserung der zweiseitigen Beziehungen und der Entwicklung des Handels mit dem Osten gegenseitig Konkurrenz machten.

Soviel ist wahrscheinlich richtig: Ein locker organisiertes Westeuropa ohne integrierte politische und militärische Struktur, ohne enge Bindung an die Vereinigten Staaten, also bestenfalls ein Freihandelsgebiet, könnte eine Entspannung gegenüber der Sowjetunion und Osteuropa leichter erreichen. Für den Osten würde die Verständigung mit solch einem Westeuropa keine wesentliche Weiterentwicklung der Ideologie erfordern, zumal keine besonderen Zugeständnisse oder Anpassungen in der östlichen Position nötig wären. Die kommunistischen Eliten, die von einem Europa dieser Art nichts zu fürchten hätten, wären wahrscheinlich für westliche Offerten recht aufgeschlossen, weil sie auf diese Weise ihren Kuchen aufessen und doch behalten könnten: Sie könnten die greifbaren Vorteile engerer Wirtschaftsbeziehungen zum Westen genießen, ohne eine wesentliche Änderung der

politischen Gesamtlage in Kauf nehmen zu müssen.

In diesem Zusammenhang muß man sich eines vor Augen führen: Die gegenwärtigen kommunistischen Eliten, besonders in Osteuropa, befinden sich im ersten Stadium des politischen Erwachens nach dem Heraustreten aus bäuerlichen Lebensformen. Ihre politische Einstellung ist im großen und ganzen ein seltsames Gemisch aus kommunistischen Formeln und einem ziemlich primitiven, intensiven Nationalismus. Ihre Anschauungen sind im Grunde provinziell und konservativ. Eine Entspannung, die ihre Diktatur im eigenen Land verewigte und die europäische Landkarte unverändert ließe, wäre für sie die ideale Lösung.

Eine andere Frage ist, ob eine derartige Entspannung stabil wäre. Es gibt starke Gründe zur Skepsis. Auf diese Weise würde nämlich wieder ein Europa entstehen, das sich auf das alte Prinzip der Staatssouveränität gründete, wobei aber eine große europäische Nation — die deutsche — zur Teilung verurteilt wäre. Unter diesen Umständen würden sich in Westdeutschland fast sicher Enttäuschung und Unruhe ausbreiten. Man müßte damit rechnen, daß die Deutschen, die weder ihre nationale Einheit erlangt noch Erfüllung in einer größeren europäischen Gemeinschaft gefunden hätten, eine Verständigung mit der Sowjetunion suchen würden. Die Versuchung, die deutschen Befürchtungen auszubeuten, könnte für Moskau unwiderstehlich sein, selbst wenn man annimmt, daß die Sowjets aufrichtig eine stabile Entspannung in Europa wünschen. Das Ergebnis könnte eine neue Phase der europäischen Spannungen sein. Die Stabilität des Kontinents im allgemeinen und die osteuropäische Sicherheit im besonderen wären die ersten Opfer.

Aber gerade darauf scheint de Gaulle hinzuwirken — nicht nur, indem er das Engagement der Vereinigten Staaten in Asien und das Ende der atlantischen Orientierung in Bonn ausnutzt (letzteres wurde deutlich markiert durch den Machtantritt der Regierung Kiesinger-Brandt), sondern auch durch seine augenscheinliche Entschlossenheit, die NATO ganz zu verlassen. Vielleicht war es wohl erwogene Absicht, als der französische Präsident in seiner Rede vom 10. August 1967 der Welt seine Gründe für die Ablehnung der Allianz offenbarte:

„Indem sich Frankreich aus der NATO zurückzog, hat es sich für seinen Teil freigemacht von der Unterwerfung [unter die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion]. Auf diese

Weise würde es gegebenenfalls in keine Auseinandersetzung hineingezogen werden, die nicht die seine wäre, und in keine kriegerische Handlung, die es nicht selbst wollte. Auf diese Weise ist es fähig, von einem Ende Europas zum anderen — wie es das für richtig hält — Einvernehmen und Zusammenarbeit zu praktizieren, die einzigen Mittel, die Sicherheit unseres Kontinents zu gewährleisten. Auf diese Weise kann es seiner Berufung gemäß in einer Welt, die durch viele alte und neue Mißbräuche in einem Zustand der Gärung ist, das Recht eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung hochhalten, ein Recht, das heute das notwendige Fundament jeder Konföderation ist, die unentbehrliche Grundlage einer wirklichen Organisation des Friedens.“

Solche Worte de Gaulles mögen dazu beitragen, daß bald ein deutscher Staatsmann eine ähnliche Erklärung abgibt.

Auch die Sowjetunion nimmt am Wettbewerb um die beste europäische Lösung teil. Die sowjetische Formel hat sich allmählich herausgebildet — in der Reaktion auf äußere günstige Gelegenheiten im Westen und auf innere politische Wirren im Osten. Unter Chruschtschow hatte die Sowjetunion eigentlich gar keine Europapolitik; sie war zu sehr damit beschäftigt, einer globalen Schimäre nachzujagen. In dem Bestreben, mit den Vereinigten Staaten gleichzuziehen und sie dann sogar als Weltmacht Nummer Eins zu entthronen, gab sich Chruschtschow bald werbend, bald herausfordernd. Beides ging tragisch aus: Die Werbung erstarb im Mai 1960 auf einer Wiese bei Swerdlowsk unter den Trümmern einer abgeschossenen U-2; die Herausforderung nahm ein ruhmloses Ende, als sowjetische Schiffe, die sowjetische Raketen von Kuba zurück in sowjetische Häfen transportierten, sich einer bewaffneten Inspektion durch die Vereinigten Staaten unterwarfen.

Von da an ging die Sowjetunion allmählich zu einer mehr regional orientierten Außenpolitik über. Diese Außenpolitik gewann klarere Umrisse nach Chruschtschows Sturz. Dazu trugen auch die Chancen bei, die sich aus dem wachsenden amerikanischen Engagement in Vietnam ergaben. Die Sowjetführer nahmen diese Chancen wahr und machten sich auch de Gaulle in einer Weise zunutze, die etwas an die frühere amerikanische Unterstützung Titos erinnerte. So schickten sie sich an, in Worten und Taten eine neue Europapolitik zu prägen. Sie tauschten Besuche mit ihren NATO-europäischen Nachbarn in bisher nicht dagewesener Zahl aus und wurden beredte Wortführer der Sonderart und der Sonderinteressen Europas. In das Vokabular der rei-

senden Sowjetführer fanden sogar Begriffe wie „*technological gap*“ (technische Lücke) und „*brain drain*“ (Talent-Abwanderung [in die Vereinigten Staaten]) Eingang. Zwar wurde nicht gezeigt, wie die halbentwickelte Sowjetunion in dieser Hinsicht Westeuropa eine große Stütze sein könnte; doch kann man annehmen, daß solche Fragen nicht aufgeworfen wurden, um eine gemeinsame praktische Reaktion auf die amerikanische Herausforderung herbeizuführen, sondern um an gemeinsame Emotionen angesichts der angeblichen amerikanischen Drohung zu appellieren.

Wichtiger war die sowjetische Reaktion auf die in Europa immer mehr an Boden gewinnende Überzeugung, daß sich eine allmähliche Verbesserung der Ost-West-Beziehungen nicht auf das wirtschaftliche und das politische Gebiet beschränken kann. In der westlichen öffentlichen Meinung setzt sich mehr und mehr der Gedanke durch, daß es an der Zeit ist, etwas für die Lösung des europäischen Sicherheitsproblems zu tun. Von 1966 an sprachen die kommunistischen Führer davon, daß zur Behandlung dieser Fragen eine europäische Sicherheitskonferenz einberufen werden müsse; allerdings vermieden sie es sorgfältig, genauer auszuführen, wie sie sich ein europäisches Sicherheitsabkommen vorstellten. Über die Teilnahme der Vereinigten Staaten an einer solchen Konferenz ließen sie nichts verlauten; sie schlossen sie nicht geradezu aus, hofften aber offensichtlich, daß einige westliche Staaten bereit wären, die Frage zu diskutieren, und damit einen Trennungsstrich zögen zwischen europäischen Mächten einschließlich der Sowjetunion einerseits und nichteuropäischen Eindringlingen andererseits.

Die sowjetischen Motive waren unschwer zu erkennen. Rein taktisch gesehen, konnte schon ein gedämpfter Dialog mit westeuropäischen Staatskanzleien über das Thema einer Sicherheitskonferenz nicht verfehlen, die westeuropäische Öffentlichkeit zu beeinflussen, dadurch zur Isolierung Bonns beitragen und damit wiederum westdeutsche Befürchtungen zu erwecken. Eine Schwächung der europäisch-amerikanischen Bande war gleichfalls nicht unwillkommen, obwohl Moskau vermutlich erkannte, daß ein totaler Bruch im atlantischen Bündnis den deutschen Einfluß in Westeuropa verstärken könnte. Aber wenn es nicht gerade zu solch einem scharfen Bruch kam — was der Kreml wohl ohnehin für unwahrscheinlich hielt —, war jede Verschärfung der atlantischen „Widersprüche“ wünschenswert. Schließlich war es einfach taktisch lohnend, Vorschläge zu machen, die vernünftig schienen und Menschen guten Willens ansprachen.

Auf weitere Sicht hoffte die Sowjetunion zweifellos, daß eine breitangelegte Sicherheitsdiskussion zwischen Ost und West den Status quo in Mitteleuropa und vor allem die Existenz der beiden deutschen Staaten legitimieren werde. Wenn es außerdem gelänge, Westeuropa vom Gedanken der atlantischen Interdependenz in Sicherheitsfragen abzubringen, könnte eine Entwicklung eingeleitet werden, die schließlich zur Neutralisierung Westeuropas führen würde. Vielleicht ist es eine Übertreibung zu sagen, die Sowjetunion wolle Westeuropa in ein großes Finnland verwandeln; jedenfalls können sich aber die Sowjetführer nicht darüber im unklaren sein, daß sie über ein Westeuropa, das in Sicherheitsfragen weniger eng mit den Vereinigten Staaten verbunden wäre, bedeutend mehr politischen Einfluß gewinnen würden.

Das sowjetische Konzept hat ernste Mängel, selbst wenn man es für bare Münze nimmt und darin ein aufrichtiges Bemühen sieht, eine Lösung für die Probleme Europas zu finden. Es läßt einfach die Tatsache außer acht, daß man die unbewältigte Hinterlassenschaft des Zweiten Weltkriegs nicht durch einen Zauberspruch in eine allseits anerkannte, dauerhafte Ordnung verwandeln kann. Die Sowjetführer wollen nicht unterscheiden zwischen solchen Aspekten des Status quo, die als Folgen der traumatischen Erschütterungen des Zweiten Weltkriegs vielleicht bestehen bleiben können — in einigen Fällen sogar müssen —, und solchen, die lediglich vorübergehende Manifestationen des Kalten Krieges sind. Sie haben deshalb eine Lösung angeboten, die in Wirklichkeit überhaupt keine Lösung ist, sondern ein Mittel, die Bestätigung der sowjetischen Maximalziele zu erlangen.

Es ist daher mehr als zweifelhaft, ob das bloße Zusammentreten einer europäischen Sicherheitskonferenz überhaupt etwas klären würde. Vermutlich würde Ostdeutschland teilnehmen, was an sich schon ein großer sowjetischer Erfolg wäre, und auch die Vereinigten Staaten, was einige leichtgläubige Westeuropäer natürlich als großzügiges Entgegenkommen der Sowjetunion deuten würden. Eine Konferenz, die das Problem der deutschen Teilung ignorierte, würde nur die Unzufriedenheit und Enttäuschung der Westdeutschen verstärken. Ganz allgemein lassen sich die für den Westen unangenehmen Konsequenzen der sowjetischen Initiative leicht aufzählen, während es schwer ist, ähnliche Passivposten für den Osten zu finden. Diese Asymmetrie nimmt dem sowjetischen Vorschlag einfach die politische Bedeutung.

Im Hinblick auf die Ost-West-Beziehungen ist es das langfristige Ziel der Vereinigten Staaten, die gegenwärtige Feindseligkeit, deren Ursache und Symptom die europäische Teilung ist, in eine immer stabiler werdende Zusammenarbeit zwischen Ost und West zu verwandeln, die schließlich diese Teilung beendet. Das bedeutet, neue Formen der Beziehungen zu fördern und dabei allmählich jene Faktoren auszuschalten, die der Stabilität hinderlich sind. Der Status quo darf nicht Selbstzweck, sondern muß Ausgangspunkt eines allmählichen Wandels sein; während wir die beiden starren Blöcke auflockern, die sich an der Elbe gegenüberstehen, müssen wir vermeiden, daß sich die zwei bestehenden Bündnisse in das traditionelle Vielstaatensystem auflösen.

Eine stabilere europäische Lösung, die mehr als die bisher erörterten drei Konzepte den gegenwärtigen Trends und den historischen Entwicklungstendenzen entspräche, müßte meiner persönlichen Meinung nach auf einer Struktur beruhen, in der vier Einheiten miteinander verflochten wären. Amerika und Rußland wären die peripheren Teilnehmer, Westeuropa und Osteuropa die beiden Hälften des inneren Kerns (die im Laufe der Zeit vielleicht noch eine engere Verbindung eingehen würden). Der Grad der inneren Homogenität wäre bei allen verschieden, und jeder würde mit den anderen Beziehungen von unterschiedlicher Intimität und Intensität unterhalten.

Das atlantische Konzept würde also beibehalten, aber (in etwas verdünnter Form) zu einem Aspekt des größeren Ganzen gemacht. In ähnlicher Weise würden die „europäischen“ Elemente und die Sicherheitsakzente der beiden anderen Konzepte umgeformt. So entstünde ein symmetrischeres Konzept, das den wirklichen Interessen der beteiligten Parteien und den Bedürfnissen der europäischen Stabilität besser gerecht würde.

Es ist so gut wie sicher, daß Westeuropa im Laufe des nächsten Jahrzehnts weitere Fortschritte in Richtung auf eine integrierte Wirtschaftsgemeinschaft machen wird; politische Konsultationen wird es wohl immerhin in Ansätzen geben. Wahrscheinlich werden auch einige gemeinsame Verteidigungsmaßnahmen getroffen werden, besonders nach dem Abtreten de Gaulles. Westeuropa wird mithin eine immer stärkere Kraft mit zunehmender eigener Identität werden. Wahrscheinlich wird es jedoch zögern, sich an der globalen Ver-

antwortung der Vereinigten Staaten zu beteiligen.

Osteuropa, das in bezug auf politische Entwicklung und soziale Modernisierung relativ rückständig ist, wird sicherlich weniger homogen organisiert sein. Trotzdem macht es ebenfalls schon Fortschritte in Richtung auf eine subregionale Zusammenarbeit unter Ausschluß der Sowjetunion. Es ist zu erwarten, daß sich dieser Trend fortsetzen wird, allerdings wohl mehr auf der Basis eines Netzes zweiseitiger wirtschaftlicher und politischer Abmachungen. Schließlich mag sich eine Art Konföderation entwickeln, so daß Osteuropa um die Mitte der achtziger Jahre eine locker gefügte Gemeinschaft von 130 Millionen Menschen mit einem Bruttosozialprodukt von etwa 215 Milliarden Dollar bilden wird. Auf jeden Fall sollte eine stärkere Kooperation innerhalb Osteuropas gefördert werden, denn ohne sie wird diese Region weiterhin eine Quelle der Unstabilität und ein politisches Vakuum sein, das von Außenseitern ausgefüllt wird. Wenn zum Beispiel die osteuropäischen Staaten ihre Volkswirtschaften dezentralisieren, wäre westliche Hilfe zur Herstellung der Konvertibilität ihrer Währungen sehr sinnvoll²⁾. Andere nützliche Möglichkeiten wären eine Balkanzollunion, bestehend aus Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und Griechenland, sowie eine weitere Zollunion, die Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und vielleicht auch Ostdeutschland umfassen würde.

Das amerikanisch-westeuropäische Verhältnis wird voraussichtlich auch künftig ein Sicherheitsabkommen einschließen. Doch wird die größere Einheit Westeuropas es nötig machen, das derzeitige integrierte NATO-Kommando, das aus einem Riesen und vierzehn „Nichtriesen“ besteht, umzuwandeln in etwas wie ein bilaterales amerikanisch-westeuropäisches Organ für Sicherheitsplanung und -koordination. Die westeuropäische Integration, zu der ein Verteidigungsvertrag zwischen den europäischen NATO-Mitgliedern gehört, wird es vielleicht ermöglichen, die NATO zu einem gleichgewichtigeren — und bilateralen — atlantischen Verteidigungsabkommen umzubilden. Amerikanische Hilfe bei der Entwicklung eines europäischen Raketenabwehrsystems, das *technisch* offenkundig defensiv wäre, könnte die Bewegung in dieser Richtung beschleunigen; sie würde gleichzeitig die Be-

²⁾ Siehe den Vorschlag von H. W. Shaffer, *An East European Payments Union?*, in: *East Europe*, März 1966.

deutung kleiner nationaler Nuklearstreitkräfte verringern und in Osteuropa keine Befürchtungen vor deutschem Offensivpotential erwecken.

Wichtiger als die NATO werden für die Förderung einer engen atlantischen Kooperation die unaufhaltsam wachsenden wirtschaftlichen, technischen und monetären Verbindungen zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa sein. Zoll- und Finanzabkommen, die mögliche Entstehung einer technischen atlantischen Gemeinschaft, zunehmend koordinierte Bemühungen, der Dritten Welt zu helfen — all das wird wahrscheinlich zur Entwicklung neuer Institutionen der Zusammenarbeit beitragen.

Zugleich ist mit einer Zunahme der Ost-West-Abkommen innerhalb Europas zu rechnen. Die wachsende westeuropäische Integration wird unvermeidlich wie ein Magnet auf Osteuropa wirken, das immer selbstbewußter wird und eifrig danach strebt, an dem europäischen Abenteuer teilzunehmen. Diese zunehmende Ost-West-Kooperation wird sich nicht auf zweiseitige Abmachungen beschränken; noch wichtiger werden die vielen neuen multilateralen Bindungen sein, weil die osteuropäischen Staaten immer stärker den Wunsch haben werden, sich gesamteuropäischen Institutionen und Unternehmungen anzuschließen. Es wird sich praktisch eine lockere gesamteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft mit Westeuropa als ihrem homogenen harten Kern herausbilden.

In mancher Hinsicht werden die Ost-West-Beziehungen rein europäisch sein; in anderer Hinsicht werden sie auch die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion einschließen. Das wird wahrscheinlich vor allem für Sicherheitsabkommen gelten. Osteuropas Furcht vor einem vereinigten Westeuropa, das angeblich leicht der Herrschaft der Bundesrepublik anheimfallen kann, wird nachlassen, wenn die Zusammenarbeit zwischen Ost und West auch einige Sicherheitsabmachungen zwischen den beiden in loserer Form fortbestehenden Allianzen umfaßt. Die alte dichotomische Konfrontation wird verschwinden, aber es ist unwahrscheinlich, daß West- und Osteuropäer einander ohne eine gewisse Rückendeckung durch die jeweilige Supermacht werden gegenüber treten wollen. Wie de Gaulle in Warschau erfuhr und wie auch die Tschechen zu verstehen gegeben haben, sind die Osteuropäer nicht geneigt, allein einem Deutschland gegenüberzustehen, das so viel mächtiger ist als sie; das wird wohl auch dann der Fall bleiben, wenn Westdeutschland stärker in eine integrierte europäische Gemeinschaft absorbiert

ist. Die Befürchtungen werden nicht ganz verschwinden; sowjetischer Schutz und sogar auch amerikanisches Engagement werden weiterhin erwünscht sein³⁾.

Da sowjetisch-osteuropäische Sicherheitsverbindungen automatisch das delikate europäische Gleichgewicht zugunsten des Ostens verschieben würden, ist zu erwarten, daß die Westeuropäer ebensoviel Wert darauf legen werden, die Verpflichtungen der Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten. Daher wird man wahrscheinlich, trotz der gegenwärtigen Haltung Frankreichs und Rumäniens, Sicherheitsabkommen vorziehen, die alle Beteiligten miteinander verbinden. Wenn das Ziel eine größere Gemeinschaft der entwickelten Länder ist, dann sind auch solche umfassenderen Sicherheitsabkommen wünschenswert. Ein Ost und West überwölbendes Sicherheitssystem, ruhend auf den vier Pfeilern, die zur Erhaltung des Friedens notwendig sind, würde systematischere politische Konsultationen erfordern, an denen nicht nur die Europäer, sondern auch Amerikaner und Russen teilnähmen. Darüber hinaus würden Organisationen wie die OECD und die ECE (Wirtschaftskommission für Europa) den Rahmen für intensivere wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit untereinander und gegenüber der Dritten Welt abgeben. Die wirtschaftlichen, politischen und Sicherheitsverbindungen würden somit einen institutionellen Rahmen für die vier Einheiten bilden.

Es ist möglich, daß einige osteuropäische Staaten wünschen werden, außer den Sicherheitsverbindungen auch ideologische Bande zur Sowjetunion aufrechtzuerhalten; doch scheint es fast sicher, daß diese mit der Zeit an Bedeutung verlieren werden. Was aus dem Warschauer Pakt werden wird, soweit es um seine reale Substanz geht, ist schwer vorauszusagen. Mindestens wird er wohl ein politischer Vertrag bleiben, der das Engagement und den politischen Einfluß der Sowjetunion in Osteuropa legitimiert. Wenn die gegenwärtigen Entwicklungstrends anhalten, ist nicht damit zu rechnen, daß die militärische Integration der kommunistischen Staaten weitere Fortschritte macht. In dem Maße, wie sich der Charakter der NATO ändert, werden sich die beiden Militärbündnisse etwas ähnlicher werden.

³⁾ So erklärt ein tschechischer Kommentator geradeheraus, ein europäisches Sicherheitsabkommen müßte nicht nur von der UdSSR garantiert werden, sondern „zweifelloso auch von den Vereinigten Staaten“. (J. Sedivy, Europäische Zusammenarbeit — europäische Sicherheit, Literarni Noviny, 25. Februar 1967.)

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Osteuropa und der Sowjetunion werden wahrscheinlich mehr den Charakter bilateraler Beziehungen oder spezialisierter, begrenzter Formen der multilateralen Kooperation annehmen. Der RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe), eine in erster Linie politisch-ideologische Organisation, dem unter anderen der Wirtschaftsriese Sowjetunion und der Wirtschaftsdäumling Mongolei angehören (etwa als wären die Vereinigten Staaten und Haiti Mitglieder des Gemeinsamen Marktes), wird vermutlich keine so erfolgreiche wirtschaftliche Integration zustande bringen wie die EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft). Eher wird er wohl ein kommunistisches Äquivalent zur OECD werden, was ihn schon recht wichtig und nützlich machen würde. (Eine Zusammenarbeit zwischen OECD und RGW könnte demgemäß durchaus konstruktiv sein.)

Neben den Beziehungen, die Europa miteinbegreifen, werden schließlich auch die speziellen Verbindungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion vielfältigere Formen annehmen. Die beiden nuklearen Supermächte werden entweder im Weltmaßstab konkurrieren oder kooperieren oder, was das Wahr-

scheinlichste ist, beides zugleich tun, sei es in der Raumfahrt, sei es in der Dritten Welt, sei es in bezug auf neue Waffensysteme. Die ständige Rivalität und die wachsende Kooperation werden sie vielleicht zu einer klareren Erkenntnis ihrer gemeinsamen weltpolitischen Verantwortung bringen und — auch ohne daß es formalen Ausdruck findet — ein spezifisch politisches Verhältnis zwischen ihnen schaffen. Beide werden jedoch sorgsam den Anschein vermeiden müssen, als wollten sie ein Kondominium ausüben; in dieser Hinsicht sind die Interessen West- und Osteuropas identisch, und sie werden wahrscheinlich den Beziehungen zwischen den Supermächten starke Beschränkungen auferlegen.

Trotz alledem bleibt die Zusammenarbeit zwischen ihnen und unter den europäischen Nationen der Schlüssel zu einer Lösung auf lange Sicht. Diese Lehre zog Willy Brandt schon 1946, als er schrieb: „Hitlerdeutschland wurde durch eine Koalition der großen alliierten Mächte geschlagen. Deutschland ist durch die großen Mächte okkupiert. Es kann aus dieser Krise nur dann als einheitlicher Staat hervorgehen, wenn der Neuaufbau im Einvernehmen und in Zusammenarbeit mit ‚sowohl dem Osten wie dem Westen‘ vollzogen wird.“⁴⁾

III. Die Mittel zur Aussöhnung

Damit all dies geschehe, müssen sich in Europa weitreichende Wandlungen vollziehen, besonders im Osten, der den Schlüssel zur Zukunft Ostdeutschlands in seinen Händen hält. Da Politik die Kunst ist, das, was man gern geschehen sähe, wahr zu machen, geht die folgende Erörterung von den gegenwärtigen Trends aus und sucht sie — in dem Maße, wie die europäische Dynamik Einflüssen von außen zugänglich ist — in Verbindung zu bringen mit solchen politischen Konzeptionen, die mit dem oben skizzierten langfristigen Ziel vereinbar sind. Trotz der augenblicklich verschärft feindseligen Haltung der Sowjetunion ist es ein bewußt optimistischer Entwurf. Eine plötzliche Wiederzunahme der internationalen Spannungen oder der sowjetischen Aggressivität könnte die hier erörterten Strömungen zum Stehen bringen oder gar umkehren.

Dennoch spricht einiges für die Annahme, daß im nächsten Jahrzehnt die militanteren Züge des Marxismus-Leninismus ständig weiter abbröckeln werden. Der chinesisch-sowjetische Konflikt und der innenpolitische Druck in der Sowjetunion wirken beide auf einen solchen

Wandel der Perspektive hin. Der ideologische Wandel seinerseits wird helfen, politische Veränderungen herbeizuführen. Natürlich werden die Sowjetunion und die meisten osteuropäischen Staaten noch lange Einparteiendiktaturen bleiben. Die herrschenden Bürokratien werden mehr und mehr nationalistisch, und zusammen mit ihren etatistischen und sozialistischen Tendenzen gibt ihnen das einige Ähnlichkeit mit sozialfaschistischen Bewegungen im Osteuropa der Vorkriegszeit.

Nichtsdestoweniger werden diese Staaten in dem Maße, wie ihnen ihre wachsende soziale und ökonomische Komplexität zu Bewußtsein kommt, wahrscheinlich mehr Toleranz gegenüber politischen und intellektuellen Abweichungen zeigen. Die fortschreitende Dezentralisierung der kommunistischen Volkswirtschaften wird die internationale ökonomische Zusammenarbeit erleichtern, die bisher durch die zentralisierte nationale Planung behindert war. Sie wird auch die Herausbildung selbständiger, mehr technisch orientierter Eliten erleichtern, die an wirtschaftlicher Kooperation mit

⁴⁾ Zitiert vom Industriekurier, 14. Februar 1967.

Westeuropa und den Vereinigten Staaten interessiert sein werden.

Tatsächlich erkennen schon jetzt einige kommunistische Länder, daß sie zumindest ein wirtschaftliches Interesse an der Einheit des Westens haben⁵⁾. Der Handel mit Westeuropa ist für die kommunistischen Volkswirtschaften die Hauptquelle an harter Währung, und die Entwicklung einer prosperierenden EWG ist ein Faktor für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der kommunistischen Staaten geworden. Eine veränderte wirtschaftliche Betrachtungsweise könnte mit der Zeit zu einer veränderten politischen Betrachtungsweise führen.

Es liegen bereits beachtliche Anhaltspunkte dafür vor, daß nicht alle Osteuropäer eine kommunistische Politik begrüßen, die darauf abzielt, den Westen zu spalten und Europa von den Vereinigten Staaten zu trennen. In Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien ist wiederholt die Meinung laut geworden, eine solche Politik sei kurzsichtig und werde die Wiederbelebung des deutschen Nationalismus zur Folge haben. Vielleicht werden die kommunistischen Eliten eines Tages zu der Auffassung kommen, daß ein integriertes Westeuropa, das die deutschen Energien und Ambitionen absorbiert, auch in ihrem Interesse liegt.

In diesem Zusammenhang wäre für die Osteuropäer eine westliche Einladung besonders anziehend, an gemeinsamen Bemühungen zur Vermeidung einer „technischen Lücke“ zwischen Europa und Amerika teilzunehmen. Den Osteuropäern ist dieses Problem erst kürzlich aufgegangen, aber ihre Sorge wird verstärkt durch die unausgesprochene Befürchtung, sie könnten nicht nur gegenüber dem Westen, sondern auch gegenüber der Sowjetunion technisch rückständig werden. Daher ihr außerordentliches Interesse an solchen Initiativen wie Fanfanis Vorschlag, eine auch kommunistischen Staaten offenstehende transatlantische technische Gemeinschaft zu schaffen; daher die vielen Äußerungen in ihrer Presse, wie wünschenswert eine umfassendere internationale Zusammenarbeit sei.

Die Teilnahme der kommunistischen Staaten an einem umfassenderen multilateralen System der Ost-West-Kooperation hätte einen europäisierenden Einfluß auf die kommunistischen Eliten selbst. Sie könnte dazu beitragen, daß sich im Osten eine europäisch denkende technische und wirtschaftliche Elite herausbilden würde; schließlich könnte sie auch bei der politischen Elite eine großzügigere, weniger provinzielle Denkweise fördern. Da außer-

dem multilaterale Kooperation unvereinbar ist mit hochgradig zentralisierter, staatlich kontrollierter Planung im Innern, würde sich der Druck in Richtung auf eine innenpolitische Liberalisierung verstärken. Die stärkere Beteiligung der osteuropäischen Staaten an institutionellen und multilateralen Formen der Kooperation mit einer integrierten westlichen Gemeinschaft würde also die Prozesse der inneren Evolution im Osten unterstützen, die alle zusammen die Herausbildung einer neuen politischen Haltung fördern würden.

Mit der Zeit würden die kommunistischen Eliten von der Auffassung abkommen, daß ihre Sicherheit ausschließlich von der Aufrechterhaltung des Status quo abhängt. Wenn einmal die Deutschland-Frage nicht mehr so akut sein würde und es nicht mehr so wichtig wäre, die doktrinaire Starre Ostdeutschlands aufrechtzuerhalten, so würde das Problem der Teilung Europas einer Lösung durch friedlichen Wandel eher zugänglich werden.

Eine sehr wichtige Einschränkung ist jedoch zu machen. Die Sowjetunion wird Ostdeutschland nicht einfach in eine westliche Gemeinschaft hinübergleiten lassen, die, vom sowjetischen Standpunkt gesehen, leicht unter die Herrschaft eines mächtigen, wiederbewaffneten Deutschlands geraten könnte. Ein solcher Übertritt würde eine fundamentale Verschiebung im Gleichgewicht der Kräfte bewirken, ganz zu schweigen davon, daß die Sowjetunion die Kontrolle über die sehr bedeutenden wirtschaftlichen Ressourcen Ostdeutschlands verlore. Der Zugang Westdeutschlands zu nuklearen Offensivwaffen würde die sowjetischen Befürchtungen und Phobien unweigerlich verstärken. Noch mehr gilt das für die Osteuropäer. Es gibt schlechterdings kein realistisches, überzeugendes Argument dafür, daß die Sowjetunion bereit wäre, Ostdeutschland von einem politisch, wirtschaftlich und militärisch integrierten Westeuropa absorbieren zu lassen.

Wahrscheinlich wären die sowjetischen Besorgnisse etwas geringer und die sowjetische Bereitschaft, der deutschen Wiedervereinigung in irgendeiner Form zuzustimmen, größer, wenn es ein spezielles Sicherheitsabkommen

⁵⁾ Nachdem kommunistische Wortführer jahrelang den unvermeidlichen Zerfall des Gemeinsamen Marktes vorausgesagt haben, sind sie jetzt endlich zu der Einsicht gekommen, daß er Bestand hat. In einem Artikel mit dem treffenden Titel „Zum Erfolg verdammt“ gibt S. Albinowski zu, früher skeptisch gewesen zu sein, und zieht dann den Schluß: „Der Gemeinsame Markt ist eine permanente Institution, die unsere Handelsbeziehungen mit Westeuropa mehr und mehr beeinflussen wird.“ (Zycie Warszawy, 20. März 1967.)

gäbe, das die Beteiligung Westdeutschlands an einer europäischen nuklearen Streitmacht ausschliesse, und wenn umfassendere Sicherheitsabmachungen zwischen Ost und West getroffen würden. Ebenso muß anerkannt werden, daß Ostdeutschland, wie immer seine Verbindungen mit Westdeutschland aussehen mögen, nicht daran gehindert werden kann, ein besonderes Verhältnis zur Sowjetunion und zu dem, was dann noch vom RGW übrig sein wird, zu unterhalten.

Aus alledem folgt, daß die Aussöhnung zwischen Ost und West nicht durch einen einmaligen Akt der Verständigung erreicht werden wird, ebensowenig wird die Lösung des deutschen Problems ein einziges, isoliertes Ereignis sein. Ost und West müssen allmählich zusammenwachsen, und auf andere Weise auch beide Teile Deutschlands. Dieser Prozeß wird wirtschaftliche, kulturelle, politische und Sicherheitsaspekte haben, er wird auf längere Sicht einen institutionalisierten multilateralen Rahmen brauchen.

Eine extensive Entwicklung der bilateralen Ost-West-Beziehungen begann in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren. Es ist zu erwarten, daß Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre diese bilateralen Beziehungen sich weiter ausdehnen werden und daß sich auch die multilaterale wirtschaftliche Kooperation zwischen Ost und West beträchtlich entwickeln wird. Die ECE wird wahrscheinlich in den nächsten Jahren eine aktivere Rolle bei der Entwicklung der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit zwischen Ost und West spielen. Vielleicht wird auch die OECD beim Zustandekommen der wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit helfen und sich damit aufgeschlossen zeigen für die großen osteuropäischen Sorgen wegen der „technischen Lücke“.

Es ist nicht unsinnig, damit zu rechnen, daß in den siebziger Jahren — vielleicht unter der Patenschaft von OECD, ECE und RGW — eine Art Ost-West-Wirtschaftsparlament entstehen wird. Es könnte Gemeinschaftsunternehmungen, den Informationsaustausch und die technische Zusammenarbeit fördern; es könnte Studien anstellen, wie man mit dem schwierigen Problem der multilateralen Kooperation von Markt- und Staatswirtschaften fertig wird; es könnte gesamteuropäische Projekte entwickeln, zum Beispiel das einer Autobahn Lissabon—Moskau. Man kann auch die Erwartung hegen, daß der Osten im Laufe der nächsten fünf Jahre seinen überschüssigen Arbeitskräften gestatten wird, nach dem Westen zu

gehen. Das könnte beträchtliche soziale und kulturelle Auswirkungen haben, wenn die Arbeiter wieder nach Hause kämen.

In der gleichen Periode werden sich wahrscheinlich die meisten osteuropäischen Staaten und die Sowjetunion dem GATT und dem Internationalen Währungsfonds assoziieren; außerdem werden sie vielleicht Abkommen über Vorzugszölle mit der EWG schließen, und Jugoslawien wird möglicherweise nach Erreichung der vollen Konvertierbarkeit assoziiertes Mitglied der EWG. Eine umfassendere Ost-West-Konvertibilität dürfte etwa 1975 möglich werden, aber wohl nicht früher.

Eine andere Möglichkeit für die nächsten Jahre wären Schritte zur Schaffung einer west-östlichen Politischen Versammlung, in der direkte und ständige Diskussionen stattfinden könnten. Für den Anfang wäre dabei wohl eher an ein ziemlich informelles Gremium mit nicht-öffentlichen Diskussionen zu denken, etwa den *Bilderberg*-Treffen vergleichbar. (Man könnte ja probeweise einige Jugoslawen zu einem *Bilderberg*-Treffen einladen.) Mit der Zeit könnte eine solche Versammlung auch ein Forum für die gemeinsame Erarbeitung von Standpunkten zu den Problemen der Dritten Welt werden. Noch rascher ginge vielleicht die allmähliche Einbeziehung der kommunistischen Staaten in die spezialisierten Funktionen des Europarates. Möglicherweise könnte der Europarat eines Tages in eine Ost-West-Versammlung umgewandelt werden.

Wenn die gegenwärtige starre Trennung zwischen beiden Teilen Deutschland aufgehoben werden kann, dann sind voraussichtlich von Bonn stärkere Zusicherungen zu erwarten, daß es die Oder-Neiße-Linie als Deutschlands ständige Ostgrenze anerkennt. Das würde das polnische und tschechische Interesse an der Existenz zweier deutscher Staaten stark reduzieren. Eines Tages werden die europäischen Grenzen unwichtig werden; zunächst jedoch ist es nötig, sie als permanent anzuerkennen.

Die härteste Nuß bleibt die Sicherheitsfrage; aber wenn erst einmal die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen verbessert sind, scheinen auch hier Fortschritte möglich. Diese Ansicht gewinnt auch in Osteuropa an Boden. So plädiert der schon zitierte tschechische Autor in einem bemerkenswert offenen und abgewogenen Artikel, der indirekt die Sowjetunion wegen „unkluger Versuche, die deutsche Frage zu Kraftproben zu benutzen“, kritisiert, für einen „Prozeß der europäischen Einigung“ in zwei Phasen: die erste Phase soll sich auf dem Gebiet der wachsenden wirt-

schaftlichen Zusammenarbeit abspielen, die zweite auf dem Gebiet der Sicherheit.

Bei hinreichender westlicher Initiative und nach vorherigen Konsultationen unter den Alliierten müßte es möglich sein, in Kürze Diskussionen ohne festen Zeitplan über mitteleuropäische Sicherheitsfragen einzuleiten. Diskussionspartner könnten die beiden Allianzen sein, womit das Problem der direkten Teilnahme Ostdeutschlands umgangen würde. Die Diskussionen müßten permanent geführt werden, zunächst unterhalb der Ministerebene (nach dem Muster der langwierigen Gespräche vor dem Abschluß des österreichischen Staatsvertrags). Ihr Ergebnis könnte, vielleicht Anfang der siebziger Jahre, die Schaffung einer auf den beiden Allianzen basierenden Europäischen Sicherheitskommission sein. Die spezifische Aufgabe der Kommission wäre es, Truppenbewegungen in Mitteleuropa zu überwachen und periodisch Truppenpositionen zu überprüfen. Darüber hinaus könnte sie auch andere Maßnahmen zur Milderung der militärischen Konfrontation fördern, wie sie Präsident Johnson in seiner Rede vom 7. Oktober 1966 angeregt hat. Zu einem beiderseitigen Truppenabzug aus Deutschland kann es sogar schon vorher kommen.

Hier ist an eine wichtige Tatsache zu erinnern: In der Vergangenheit waren Allianzen dazu da, Krieg zu führen; in jüngerer Zeit halfen sie, vom Krieg abzuschrecken; in den nächsten Jahren müssen sie sich vor allem damit befassen, den Frieden zu fördern. Die NATO könnte somit eine konstruktive Rolle spielen, indem sie sich aktiv für Sicherheits- und Abrüstungsabkommen zwischen Ost und West einsetzt. Ein Sonderausschuß, der jene Anstöße zum Nachdenken über Abrüstung und Ost-West-Sicherheitsfragen gäbe, die jetzt nur von ein paar nationalen Regierungen kommen, könnte

Ein langfristiges Ziel ist wie ein Leuchtfeuer. Es zeigt nicht nur an, wohin man will, es weist auch den besten Weg dorthin. Jede wirksame Politik beginnt mit der Aufstellung und Artikulierung eines zweckentsprechenden Konzepts.

Das hier vorgeschlagene Verhalten brächte die Politik der Vereinigten Staaten in Einklang mit den sehnlichsten Wünschen der Europäer — im Westen wie im Osten. Diese Wünsche zeichnen sich jetzt um so klarer ab, als die Grenzen von de Gaulles Konzept nach seiner Warschau-Reise im September 1967

der NATO neues Zielbewußtsein und neuen politischen Sinn geben.

Eine kontinuierliche Ausweitung der gesamtdeutschen Verbindungen ist zu erwarten, besonders nach dem Tode Ulbrichts. Zu denken ist an gemischte Kommissionen, Wirtschaftsverbindungen, gemeinsame Entwicklungen auf dem Gebiet der Post, des Telefonverkehrs und des Fernsehens, Schaffung eines elektrischen Verbundnetzes, Erweiterung der individuellen Freizügigkeit und so fort.

All das wird allmählich ein günstiges Klima für offiziellere, systematischere gesamtdeutsche Wirtschaftsbeziehungen schaffen. Vielleicht nehmen sie die Form einer Wirtschaftsgemeinschaft an, die es Ostdeutschland erlaubt, in ein formelles Verhältnis zur EWG zu treten und gleichzeitig seine Bindungen an den RGW sowie einige seiner bestehenden Verpflichtungen gegenüber dem Osten aufrechtzuerhalten. (Jugoslawiens offizielle Zusammenarbeit mit dem RGW hat es nicht daran gehindert, seine Beziehungen zur EFTA und zur EWG auszubauen.) Vorausgesetzt, daß die Entwicklung auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Politik und der Sicherheit positiv verläuft; vorausgesetzt ferner, daß diese Prozesse getrennt gehalten werden von den westdeutschen Bemühungen, normale diplomatische Beziehungen zu osteuropäischen Staaten herzustellen; vorausgesetzt schließlich, daß sich keine anderen nichtkommunistischen Staaten zu einer offiziellen Anerkennung der beiden Teile Deutschlands verleiten lassen, wird die Entwicklung gesamtdeutscher Verbindungen dazu beitragen, die Teilung allmählich politisch zu überbrücken. Mitte oder Ende der siebziger Jahre kann der Prozeß der deutschen Reassoziierung im Rahmen zunehmender Aussöhnung zwischen Ost und West schon ein ganzes Stück vorangekommen sein.

IV. Eine Akzentverschiebung

schärfer hervorgetreten sind und der taktische Charakter der sowjetischen Position durch Moskaus Verhalten in der Nahost-Krise unterstrichen wurde.

Das seit langem geltende amerikanische Bekenntnis zu einer engeren westeuropäischen Integration und zur atlantischen Zusammenarbeit würde durch dieses breitere Konzept nicht berührt. Die atlantische Idee würde nicht aufgegeben, aber sie wäre nicht mehr der zentrale (für manche sogar ausschließliche) Inhalt der amerikanischen Politik in Europa. Sie würde auch nicht durch den Versuch er-

setzt, ein amerikanisch-sowjetisches Arrangement zu treffen — die traditionelle Alternative derjenigen Amerikaner, die sich gegen Amerikas hergebrachte Politik gewandt haben. Begräbnis des Kalten Krieges heißt nicht und soll nicht heißen Auferstehung Jaltas.

Die Voraussage, daß der Kalte Krieg allmählich abklingen und an seine Stelle ein mehr kooperatives Verhältnis treten wird, geht von der Annahme aus, daß im bestehenden strategischen Gleichgewicht keine wesentliche Änderung eintritt. Während die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten in Europa kooperative Beziehungen entwickeln, werden sie wahrscheinlich in der Dritten Welt Rivalen bleiben. Gerade aus diesem Grund ist es wichtig, daß die Vereinigten Staaten ihren augenblicklichen Sicherheitsvorsprung halten. Sonst könnten Konflikte in der Dritten Welt auf das europäische Verhältnis zurückwirken und die Sowjetunion in Versuchung führen, den europäischen Status quo durch militärische Erpressung ändern zu wollen.

Die Verfolgung der hier vorgeschlagenen Politik des friedlichen Engagements würde einige Akzentverschiebungen und Methodenänderungen nach sich ziehen. Im Einklang mit einem bedeutsamen Wandel in der westdeutschen Haltung⁶⁾ könnten die Vereinigten Staaten gleichfalls den Akzent stärker auf den Prozeß der deutschen Reassoziierung legen. Dieser Prozeß könnte es mit sich bringen, daß Ostdeutschland im Rahmen umfassender Sicherheitsregelungen für Deutschland und seine Nachbarn vorübergehend ein Sonderstatus eingeräumt würde. Ferner werden es die Vereinigten Staaten wahrscheinlich als notwendig erachten, ihre wirtschaftlichen und technischen Verbindungen mit Westeuropa stärker zu betonen, da die NATO als wichtigstes atlantisches Bindeglied etwas in den Hintergrund tritt. Das würde den Europäern ein stärkeres Gefühl der Verbundenheit geben als einseitige Versuche, die amerikanisch-europäischen Beziehungen weiterhin vor allem auf die NATO zu konzentrieren.

Es ist ja in der Tat eine Ironie, daß ausgerechnet dasjenige Land, das der NATO für seine

eigene Sicherheit am wenigsten bedarf, am eifrigsten bestrebt erscheint, sie zu erhalten; mehr noch, es ist schädlich, denn es nährt bei den Europäern den Argwohn, daß die Allianz ein Werkzeug der Amerikaner für die Herrschaft über ihre Verbündeten sei. Es wäre besser, die Vereinigten Staaten bezögen den Standpunkt, daß sie der NATO in eben dem Maße verpflichtet bleiben wollen wie die Europäer selbst, aber nicht mehr, und daß die NATO eines Tages die westliche Komponente eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems werden könnte. Alte Allianzen, denen kein neues Ziel gegeben wird, sterben nicht; sie schwinden einfach dahin.

Eines erscheint sicher: Wenn die Vereinigten Staaten in der Inaktivität verharren (die manche als den besseren Teil der Weisheit empfehlen) oder wenn sie sich bloß auf das amerikanisch-sowjetische Verhältnis konzentrieren, werden sie sich Europa mehr und mehr entfremden, und die meisten Europäer werden danach streben, ihr Schicksal außerhalb der Allianzins reine zu bringen. Wenn Amerika seine Konzepte mit den Europäern diskutiert und Vorschläge für gemeinsame Initiativen macht, wird es die atlantischen Verbindungen wieder aktivieren und das Gefühl gegenseitiger Abhängigkeit neu beleben. Dabei sollten die USA nicht fürchten, gelegentlich eine lebhaftige Kontroverse zu provozieren. Ein hitziger Dialog ist besser als eine ruhige Scheidung.

⁶⁾ Es muß erwähnt werden, daß das westdeutsche Konzept der Wiedervereinigung zur Zeit einen tiefgehenden Wandel durchmacht. Mit den Worten Bundeskanzler Kiesingers: „Wir wollen nur helfen, daß sie ihren Willen, was sie selbst hinsichtlich der Wiedervereinigung denken und wünschen und zum Ausdruck bringen wollen, zu erleichtern.“ (Pressekonferenz vom 7. März 1967.) Herbert Wehner ging noch weiter; er deutete die Möglichkeit einer Anerkennung Ostdeutschlands an, wenn es „nach dem Muster des heutigen Jugoslawiens liberalisiert werden könnte“ (Washington Post, 31. Januar 1967). Und am 17. Juni 1967 sagte der Kanzler, es sei „nur schwer vorstellbar, daß sich ganz Deutschland bei einer Fortdauer der gegenwärtigen politischen Struktur in Europa der einen oder anderen Seite ohne weiteres zugesellen könnte“.

Martin Luther King: Theorie und Praxis gewaltfreier Aktion

Seit etwa einem Jahr gilt der Friedensnobelpreisträger Dr. Martin Luther King im Weißen Haus zu Washington als *persona non grata*. Denn King hat sich seit März 1967 in der Vietnam-Frage auch öffentlich zu den schärfsten Kritikern der Regierungspolitik seines Landes bekannt und Kampagnen des zivilen Ungehorsams (*civil disobedience*) befürwortet. Indem er jetzt die Wehrdienstverweigerung propagiert, hat King erstmals zur Gehorsamsverweigerung gegen bestimmte geltende Bundesgesetze aufgerufen. Er ging dabei u. a. soweit, seine vom Wehrdienst freigestellten theologischen Amtsbrüder aufzufordern, auf ihre Freistellung zu verzichten, den dann fälligen Einstellungsbefehlen beispielgebend den Gehorsam zu versagen und die Konsequenzen dieses Schrittes freiwillig auf sich zu nehmen.

Welche Motive liegen dieser Entscheidung Kings zugrunde? Inwiefern ergibt sie sich gleichsam als logische Konsequenz aus den Grundauffassungen und Intentionen des prominenten Praktikers und Theoretikers gewaltfreier Aktion? Welchen besonderen Problemen sieht er sich generell und bei dieser speziellen Entscheidung gegenüber? Es stellt sich die Frage nach Theorie und Praxis der gewalt-

freien Aktion, wie sie von King gelehrt und gelebt wird: Gelehrt und gelebt — für diese Einheit von Lehre und Praxis steht Martin Luther King.

Von Max Scheler wird berichtet, daß er in einer seiner Vorlesungen von einer Studentin gefragt wurde, wie er die Diskrepanz zwischen seinen fordernden Lehren und seinem tatsächlichen Lebenswandel zu erklären gedenke. Scheler soll geantwortet haben: „Liebe Kommilitonin, Sie verkennen meine Funktion. Ich bin ein Wegweiser. Haben Sie schon einmal einen Wegweiser gesehen, der auch den Weg geht, den er anzeigt?“

So mag sich ein akademischer Lehrer peinlichen Fragen zu entziehen versuchen. Ein politischer Führer — wie Martin Luther King unstreitig einer ist — darf in Fragen, die seine Glaubwürdigkeit betreffen, keine Zweifel aufkommen lassen. Es kennzeichnet gerade Kings Wirksamkeit, daß er in ganz besonderer Weise zur Symbolfigur für eine Lebens- und Verhaltensweise geworden ist, die er als Dozent wie Führer, vor allem aber als Prediger und praktizierender Zeuge, bisher glaubwürdig zu repräsentieren verstand. Kings Seriosität ist unbestritten.

I. Was heißt „gewaltfreie Aktion“?

Für King bedeutet die gewaltfreie Aktion nicht nur ein taktisches Verhalten, eine besondere Kampftechnik zur politischen Konfliktregelung, die bei Versagen im Extremfall auch gewaltsame Aktionstechniken für zulässig erachtet. Gewaltfreie Aktion wird vielmehr als *ultima ratio* begriffen, die für denjenigen, der sich zu dieser politischen Kampfform bekennt, den Rückgriff auf gewaltsame Aktionen prinzipiell ausschließt. Theodor Ebert¹⁾ hat in diesem Zusammenhang vorgeschlagen — ein Vorschlag, dem ich mich im folgenden anschließe —, von *gewaltfreien* Aktionen nur dann zu sprechen, wenn diejenigen, die sich dieser Kampftechnik bedienen, ihrerseits die gewaltsame Aktion in jedem Falle — auch als *ultima ratio* — ausschließen. Von *gewaltlosen* Aktionen wäre demgegenüber dann zu spre-

chen, wenn der Gewaltverzicht nur partiell gilt, das heißt, wenn die Anwendung gewaltsamer Kampftechniken durchaus als möglich angesehen wird. William R. Miller deutet in eine ähnliche Richtung, wenn er in seinem Buch „Nonviolence — A Christian Interpretation“ zwischen „unviolent“ (gewaltloser) und „nonviolent action“ (gewaltfreier Aktion) differenziert²⁾.

Welcher Erkenntniswert ist mit dieser Unterscheidung verbunden? Folgende Überlegungen erschließen den Zusammenhang: Nach Theodor Ebert, dessen Arbeiten den internationalen Forschungsstand auf diesem Gebiet eindrucksvoll widerspiegeln und für die deutsche Diskussion mit originellen Beiträgen fruchtbar zu

Unwesentlich erweiterte Fassung der Antrittsvorlesung zum Abschluß des Habilitationsverfahrens an der Freien Universität Berlin, gehalten am 1. November 1967

¹⁾ Theodor Ebert, Theorie und Praxis des gewaltfreien Widerstandes — Modell einer Kampagne, Dissertations-Manuskript, Erlangen — Nürnberg 1966, S. 1 ff und 53 f, bes. 55.

²⁾ New York 1964, S. 36.

machen wissen³⁾, können unter den technischen Kampfmaßnahmen gewaltfreier Aktion drei Eskalationsstufen unterschieden werden⁴⁾: *Erstens* Proteste wie Demonstrationen, Mahnwachen, Sitzstreiks (Sit-ins) usw., *zweitens* legale Nichtzusammenarbeit (Noncooperation), das heißt Aktionen vom legalen Boykott in all seinen Erscheinungsformen bis hin zum Hungerstreik und der Selbstaufopferung, sowie *drittens* ziviler Ungehorsam (civil disobedience), das heißt demonstrative Gehorsamsverweigerung gegenüber gesetzlichen, administrativen oder gerichtlichen Geboten bzw. Anordnungen. Da alle diese Aktionsformen darauf angelegt sind, den Gegner zu einem bestimmten Verhalten zu veranlassen, ist es für diesen Gegner — einschließlich der Legitimation seiner substantiellen und taktischen Reaktionen — von wesentlicher Bedeutung, ob er die Kampfmaßnahmen des Gewaltverzichts lediglich als Vorstufen möglicher gewaltsamer Aktionen zu bewerten hat und seine eigene Strategie entsprechend einrichten muß oder ob er ernsthaft damit rechnen kann, daß die Widerständler selbst niemals zur gewaltsamen Aktion, das heißt zur Anwendung physischer Zwangsgewalt bzw. zum Einsatz von Waffen greifen werden. Eine derartige (relative) Gewißheit kann der über den Herrschaftsapparat Verfügungende nur dann haben, wenn er es mit Vertretern gewaltfreier Aktion zu tun hat. Denn für diese bedeutet der zivile Ungehorsam, den Gandhi als einen „vollwertigen Ersatz für den bewaffneten Aufstand“ bezeichnete, tatsächlich die höchste Eskalationsstufe des Widerstandes bzw. gewaltfreier Aktion schlechthin.

Die Vertreter gewaltloser Aktionen hingegen sehen in dieser Kampfform nicht die einzig mögliche, sondern lediglich die unter gewissen Umständen taktisch beste. Die höchste Eskalationsstufe der Verfechter gewaltloser Kampfmaßnahmen wäre demnach die Anwendung bewaffneter Gewalt.

Der wesentliche Unterschied zwischen gewaltfreier und gewaltloser Aktion liegt folglich nicht in der jeweils praktizierten Organisation und Technik spezieller Kampfmaßnahmen, sondern in der unterschiedlichen Grundhaltung der Akteure, das heißt ihrem prinzipiellen Verhältnis zur Gewaltanwendung und dem Stellenwert ihrer Aktionen im Rahmen der jeweils als möglich erachteten Eskalationsskala. Gemäß dieser Differenzierung ist somit einmal zu unterscheiden zwischen gewaltfreier und gewaltloser Aktion als Kampftechnik und einer entsprechenden Grundhaltung zur physischen Gewaltanwendung schlechthin. Zum anderen ergibt sich aber auch, daß beide Aktionsformen mit verschiedenen Zielsetzungen und

Positionen verknüpft sein können. Demzufolge ist es durchaus möglich, daß beide Aktionsformen sowohl mit (je nach Maßstab) sittlich sehr hoch zu bewertenden als auch weit minder achtenswerten Zielsetzungen — etwa Aufrechterhaltung der Rassentrennung durch Schulboykott. — verbunden sein können. Ebenso schließt das Bekenntnis zur gewaltfreien Aktion die Bereitschaft zur Duldung eklatanten Unrechts keineswegs aus. Es wäre dies die Toleranz des Unmenschlichen und Verwerflichen, gegen die Herbert Marcuse seine Kritik der reinen, in concreto repressiven Toleranz richtet.

Mahatma Gandhi kommt das historische Verdienst zu, als erster die Theorie des prinzipiell gewaltfreien Kampfes bzw. Widerstandes entwickelt und mit dem Postulat des bedingungslosen, die Selbstaufopferung einschließenden Einsatzes für Menschlichkeit und Gerechtigkeit sowie der gewissensverpflichteten Intoleranz gegenüber Unmenschlichkeit und Ungerechtigkeit verbunden zu haben. Gandhi spricht in diesem Zusammenhang vom Kampf für die Wahrheit. Er prägte für diese seine Kampfhaltung unbedingt gewaltfreier Aktion im Dienste des aktiven Einsatzes für Menschlichkeit und Wahrheit die Bezeichnung „*Satyagraha*“.

Gandhi lehrte, Satyagraha unterscheide sich von passivem Widerstand oder bloß gewaltloser Aktion wie der Nordpol vom Südpol. Passiver Widerstand oder gewaltlose Aktion seien im Grunde die Waffe des Schwachen, der lediglich aus berechnender, situationsbedingter Schwäche gewaltsame Mittel nicht bzw. noch nicht einzusetzen vermag. Satyagraha hingegen sei die Waffe des wahrhaft Starken, der nicht nur den Krieg, sondern auch den Frieden gewinnen wolle. Sein unbedingter Einsatz für Wahrheit und Gerechtigkeit zwingt ihn, die Konsequenzen seiner Entscheidungen und aktiven, aber gewaltfreien Widerstandsaktionen stets auf sich selbst zu nehmen. „So the doctrine came to mean vindication of truth not by infliction of suffering on the

³⁾ Theodor Eberts in Anm. 1 angeführte Dissertation wird in diesem Jahr in überarbeiteter Form und versehen mit einer umfassenden Bibliographie unter dem Titel „Gewaltfreier Aufstand — Alternative zum Bürgerkrieg“ in Freiburg i. Br. erscheinen. Von Eberts zahlreichen Publikationen sei hier nur auf zwei Aufsätze verwiesen: *Gewaltfreiheit: Doktrin oder Kampftechnik?*, in: *Werkhefte — Zeitschrift für Probleme der Gesellschaft und des Katholizismus*, Heft 2, Febr. 1965, S. 39—48, und: *Soziale Verteidigung — eine Alternative zur „Vorwärtsverteidigung“?*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Heft 2, 1967, S. 75—88.

⁴⁾ Zum Folgenden: Theodor Ebert, *Elemente einer Theorie der gewaltfreien Aktion*, bisher unveröffentlichtes Manuskript, S. 15 ff.

opponent but on one's self", schreibt Gandhi ⁵⁾. Diese Haltung sei schon deshalb geboten, weil kein Mensch die absolute Wahrheit erkennen könne. „For what appears to be truth to the one may appear to be error to the other.“ Der Starke werde sich für das von ihm als wahr und gerechtfertigt Erkannte einsetzen. Er müsse aber auch die Stärke haben, die Konsequenzen dieses Einsatzes auf sich zu nehmen und nicht durch Gewaltanwendung auf andere

— und seien sie seine schärfsten Widersacher — abzuladen. Daher könne der Wesensgehalt von Satyagraha mit „truth-force“, „love-force“ oder „soul-force“ gekennzeichnet werden. Denn nur wer von dieser Liebe zur Wahrheit und zum Mitmenschen durchdrungen sei, verfüge über die rechte Kraft, ein überzeugender Kämpfer der gewaltfreien Aktion zu werden. In dieser Lehrtradition steht Martin Luther King ⁶⁾.

II. Zur Geschichte der Theorie und Praxis gewaltfreier Aktion

Die Geschichte der Praxis und in gewisser Hinsicht auch der Lehre des gewaltfreien Widerstandes gegen etablierte Herrschaft und Machtmißbrauch reicht weit zurück. Zu den klassischen Frühschriften der neueren Zeit gehört insbesondere jener vielzitierte Essay des amerikanischen „gewaltfreien Anarchisten“ Henry D. Thoreau, der 1849 in Frontstellung gegen Paleys Abhandlung „Duty of Submission to Civil Government“ mit der Überschrift „Resistance to Civil Government“ publiziert wurde und später unter dem provokativen Titel „The Duty of Civil Disobedience“ zahlreiche Neuauflagen erlebte ⁷⁾. Thoreaus Essay gehört zu jenen Frühschriften, die sowohl auf Gandhis als auch Kings Denken — wie beide bekunden — einen besonders nachhaltigen Einfluß ausübten.

Lange Zeit wurde die Diskussion zur Problematik gewaltfreier Aktionen primär von Pazifisten aller Schattierungen bestritten. Diese waren indes zumeist mehr mit Antikriegsforderungen und harmonieorientierten Friedensvisionen beschäftigt als damit, ernsthafte Studien über Wirksamkeit, Sinn, Organisation und Technik gewaltfreier Aktionen anzustellen.

Es war, wie erwähnt, die große Leistung des Juristen und Massenführers Gandhi, die erste umfassendere Theorie der gewaltfreien Aktion als Strategie und Technik wirksamer, humaner Konfliktregelung entwickelt und — zunächst in Südafrika, später in Indien — erfolgreich praktiziert zu haben. Außerhalb Indiens wurde diese Kampfmethodik im größeren Rahmen und unter ausdrücklicher Berufung auf Gandhi erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg angewandt: so von Kwame Nkrumah seit 1949 bis zur Erreichung der Unabhängigkeit Ghanas im Jahre 1957; so 1952 in Südafrika von Albert Luthuli, dem Friedensnobelpreisträger des Jahres 1960. Von spezieller Bedeutung für die Weiterentwicklung der Theorie und Praxis gewaltfreier Kampfmaßnahmen im amerikanisch-europäischen Bereich erwiesen sich jedoch vor allem die Aktionen des englischen Verbandes

der Kriegsdienstverweigerer (Peace Pledge Union) mit seiner 1949 eingesetzten „Studienkommission für Gewaltlosigkeit“ (Non-Violence Commission), die Aktionen der Atomkriegsgegner sowie die Arbeiten der mit diesen verbundenen oder aus ihren Reihen hervorgegangenen Organisationen und Diskussionsgremien. Zum Kristallisationspunkt der theoretischen Bemühungen wurde die in London erscheinende internationale Wochenzeitschrift „Peace News“, zu deren Herausgebern der amerikanische Soziologe Gene Sharp mit seiner Lehre gewaltfreier Aktion im Dienste schöpferischer Konfliktstrategie gehört ⁸⁾.

⁵⁾ M. K. Gandhi, Non-Violent Resistance (Satyagraha), zusammengestellt und herausgegeben von Bharatan Kumarappa, New York 1961, S. 6; ebd. das folgende Zitat: „So besagt die Doktrin Verteidigung der Wahrheit, indem man sich selbst und nicht den Gegner der Duldung von Leid aussetzt... Denn was dem einen Wahrheit bedeutet, mag dem anderen als Irrtum erscheinen“.

⁶⁾ Vgl. M. L. King Jr., Stride Toward Freedom, New York 1958, S. 81—86.

⁷⁾ Vgl. Miller, a. a. O., S. 71 ff. Die erste deutsche Übersetzung des Thoreauschen Essays liegt jetzt unter dem Titel „Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat“, Zürich 1967, vor. Der unmittelbare Anlaß des Essays war die eintägige Gefangenschaft des Verfassers wegen bewußter Wahlsteuer-Verweigerung als Widerstandsbekundung gegen die Kriegs- und Sklavenpolitik der amerikanischen Bundesregierung.

⁸⁾ Vgl. seine Abhandlung: Creative Conflict in Politics, London 1962 (Sonderdruck aus „The New Era“, Januar 1962). Siehe auch Sharps Studie: Civil Disobedience in a Democracy, Sonderdruck aus den „Peace News“, 1963.

Daß sich M. L. King gleichfalls zur Lehre schöpferischer Konfliktstrategie bekennt, hat er in seinem berühmten Brief aus dem Gefängnis von Birmingham vom 16. April 1963 eindeutig betont: „Die gewaltfreien Direkt-Aktionen bemühen sich, ein derart kritisches Spannungsverhältnis zu schaffen, daß eine Gemeinde, die sich bis dahin hartnäckig geweigert hat, Verhandlungen zu führen, sich nun gezwungen sieht, den Tatsachen ins Auge zu blicken. Die Direkt-Aktion will die Streitfrage so dramatisch herausstellen, daß man sie nicht länger zu ignorieren vermag. Ich weiß, daß es fruchtbare und aufbauende gewaltfreie Spannungen gibt, und der Fortschritt verlangt danach.“ King, Warum wir nicht warten können, deutsche Ausgabe, Wien—Düsseldorf, S. 103.

Die explosive Ausweitung der Waffentechnik seit dem Zweiten Weltkrieg, der neue Maßstäbe setzende Anbruch des Atom- und Raketenzeitalters, das zunehmende Interesse an den Kampftechniken Gandhis seit dem Erfolg der indischen Unabhängigkeitsbewegung im Jahre 1947, die mannigfachen Rezeptionsversuche dieser Techniken in anderen gesellschaftlichen und politischen Konstellationen sowie insbesondere die dramatischen Aktionen der um Gleichberechtigung und first-class citizenship kämpfenden Neger in den USA haben der Diskussion um Theorie und Praxis gewaltfreier Aktion in den letzten Jahren einen in diesem Ausmaße bisher unbekanntem Auftrieb ge-

geben⁹⁾. Miller eröffnet sein 1965 erschienenes Buch über Gewaltfreiheit mit dem Satz: „Nonviolence is an idea whose time has come.“ („Gewaltfreiheit ist eine Idee, deren Zeit gekommen ist.“) Ein kühnes Wort in einer Zeit, in der Jürgen Habermas auf dem Studentenkongreß vom 9. Juni 1967 in Hannover als Realist zu erklären vermochte: „Ich mache mir keine Illusionen . . . über eine von Gewalt freie Welt; diese Welt ist von Gewalt besessen, wie wir wissen.“¹⁰⁾

Worin beruht nun der Beitrag Martin Luther Kings zur modernen Diskussion um Theorie und Praxis gewaltfreier Aktionen in dieser von Gewalt besessenen Welt und Gegenwart?

III. King als Theoretiker gewaltfreier Aktion

King begegnet uns als ein engagierter Theoretiker und Praktiker gewaltfreier Aktion, dessen Denken und Handeln entscheidend durch die konkrete Problematik bestimmt wird, mit der er sich zum einen als amerikanischer Neger — zunächst betont als Neger des Südens — und zum anderen als Christ und seinem Amt verpflichteter Pfarrer konfrontiert sieht.

Es kann hier nicht der Versuch unternommen werden, die Geschichte und komplizierte Problematik der Neger in den USA nachzuzeichnen¹¹⁾. Doch soviel sei vermerkt: Die amerikanischen Neger sind durch das jahrzehntelange Martyrium der Lüge, dem sie sich preisgegeben sahen, gezeichnet. Der lange wider besseres Wissen erduldeten Lüge nämlich, daß sie sich in überwiegender Mehrheit — von einigen Anarchisten, revolutionären Rädelführern und sonstigen Verführern oder Neidern abgesehen — im Grunde mit dem Schicksal, das ihnen das Land der unbegrenzten Möglichkeiten präsentierte, mit dem sozialen Ort und den Chancen, die es ihnen einzuräumen sich gewillt zeigte, abgefunden hätten und demgemäß letztlich doch recht zufrieden seien.

Als die dramatischen Ereignisse der erfolgreichen, weit publizierten Protestaktionen, insbesondere von Montgomery (1955/56) und Birmingham (1963), die tatsächliche Lage und wahre Stimmung der Neger erstmals auch dem schlechthininformiertesten Mitbürger deutlich zur Kenntnis brachten, wurden breite Bevölkerungsschichten der USA von jähem Schrecken ergriffen. Die überwiegende Mehrheit der Negerbevölkerung hatte bis dahin — zumeist aus purer Existenzangst — das makabre Spiel des Zufrieden-erscheinen-Sollens ihren weißen Mitbürgern gegenüber mitgespielt. Von der tatsächlichen Grundhaltung vieler Neger, dem

seit Anbeginn gegebenen bitteren Protest gegen die permanente Vergewaltigung, war nur wenig hinreichend artikuliert der Masse der Bevölkerung, die in ihrer überwältigenden Mehrheit mit dem bestehenden Gesamtsystem völlig zufrieden ist, zur Kenntnis gelangt. Von der umfangreichen Protestliteratur der amerikanischen Neger war bis dahin kaum etwas in den Bücherschränken der Weißen zu finden gewesen. Von der Funktion der Negerkirchen, vor allem im Süden, dem mehr oder weniger verhüllten Protest- und Klagecharakter ihrer Riten, Gesänge und Predigten war — abge-

⁹⁾ Als grundlegende Abhandlungen zur modernen Theorie und Geschichte gewaltfreier und gewaltloser Aktion seien hier nur erwähnt: Die Pionierstudie des Amerikaners Richard Gregg, *The Power of Non-Violence*, ein vielgelesenes Buch, das in den USA seit 1934 in zahlreichen Auflagen erschien. Das Vorwort zur neuesten, revidierten Ausgabe vom Jahre 1958 schrieb Martin Luther King; das wohl immer noch beste Einführungswerk: *The Quiet Battle: Writings on the Theory and Practice of Non-Violent Resistance*, das 1963 von Mulford Q. Sibley herausgegeben wurde, und schließlich das bereits angeführte Buch von William R. Miller: *Nonviolence — A Christian Interpretation*, New York 1964. 1966 veröffentlichten April Carter, David Hoggett und Adam Roberts eine Bibliographie ausgewählter Studien zum Thema: *Non-Violent Action — Theory and Practice* (London), die 277 englische Titel anführt. Die Mehrzahl der dort zitierten Schriften sind in den letzten zehn Jahren erschienen.

¹⁰⁾ Zitiert nach: Bedingungen und Organisation des Widerstandes — Der Kongreß in Hannover — Protokolle, Flugblätter, Resolutionen, *Voltaire* Flugschrift 12, Berlin 1967, S. 48.

¹¹⁾ Einen knapp gefaßten, allgemeinen Überblick bietet die Studie von Gerhart Schlott, *Das Negerproblem in den USA — Trennung oder Verschmelzung der Rassen*, Opladen 1967, mit einem Verweis auf die wichtigste deutschsprachige bzw. in deutscher Übersetzung vorliegende Spezialliteratur. Die beste Übersicht zur englischsprachigen Fachliteratur bietet die 190 Seiten umfassende Arbeit von Elizabeth W. Miller, *The Negro in America: A Bibliography*, Cambridge/Mass. 1966.

sehen von ästhetischen Reflexionen — recht wenig ins Bewußtsein gedrungen¹²⁾.

Um den spezifischen Charakter der nach dem Zweiten Weltkrieg erneut und diesmal in breiter Front aufgebrochenen Protestbewegung der amerikanischen Neger zutreffend einschätzen zu können, ist es wichtig, sich der Tatsache bewußt zu sein, daß hier nicht eine Bevölkerungsgruppe — etwa wie die Neger in Südafrika oder die Inder vor der Unabhängigkeit ihres Landes — nach neuem, bisher in der Verfassung nicht garantiertem Recht verlangte, sondern daß sie der steten Verweigerung geltenden verbrieften Verfassungsrechts und Verfassungsversprechens ihren Kampf ansagten. Die Emanzipationserklärung vom Jahre 1863 hatte wohl das Selbstbewußtsein der Nation, weniger gravierend jedoch die tatsächliche Lage der Mehrheit der Neger geändert. Von Bernard Shaw stammt der Satz: „Ich gelte überall für einen Meister der Ironie, aber auf den Gedanken, eine Freiheitsstatue im Hafen von New York zu errichten, wäre selbst ich nicht gekommen.“ Wäre James Baldwin ein Meister der Ironie wie Shaw, der Satz hätte von ihm stammen können.

Das erzwungene Martyrium der Lüge des amerikanischen Negers bewirkte aber — bis zum revolutionsartigen Aufbruch in den letzten Jahren — nicht nur eine schier grenzenlose Duldungsfähigkeit und Selbstbescheidung sowie, hier und da, die Zuflucht zu religiöser Meditation oder zu beißender Ironie. Es führte zuvörderst zur Verstümmelung, wenn nicht gar zur Perversion des Selbstverständnisses und Selbstbewußtseins, und es erzeugte tödlichen Haß, der gerade in unseren Tagen seine Ernte heimfährt.

In dieser Wirklichkeit ist Martin Luther King in Atlanta (Georgia) herangewachsen¹³⁾. Das Stichwort zur Kennzeichnung der politischen, sozialen und geistigen Wirklichkeit, in die er hineingeboren wurde, hieß *Segregation*. King — der selbst in einem verhältnismäßig wohlhabenden und behüteten Zuhause aufwuchs und dessen Vater, ein selbstbewußter Baptistenpfarrer, in seiner klaren, unverblühten Protesthaltung für den Sohn zum Vorbild wurde — mußte bald erleben, in welchem Ausmaße das vom weißen Establishment erzwungene Rassentrennungssystem dazu angetan war, Ungerechtigkeit zum System zu erheben und ein Gemeinwesen zu vergiften; wie sehr dieses System darauf angelegt war, die Neger sich nicht als gleichberechtigte Bürger in die Gesellschaft integrieren zu lassen, sondern ihnen unter Fortsetzung der während der Sklaverei entwickelten Eigenkultur die Rolle der Entrechteten in einem Kastensystem aufzunö-

tigen. Gelang es einigen Negern durch Leistung und günstige Umstände, auf der wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Erfolgsebene in Mittelstandspositionen vorzustoßen¹⁴⁾, so verführte die Befürchtung, den neuerworbenen Status wieder verlieren zu können, oft genug entweder dazu, sich nach unten zu distanzieren und nach oben zu arrangieren — zumindest aber den Status quo nicht zu gefährden — oder (auf Grund der Erfahrung, daß ein Neger trotz Leistung keine Chancengleichheit hat) zu Verzweiflung, Haß, Zynismus oder Radikalität. Diese unterschiedlichen Interessenpositionen und Reaktionen trugen zugleich dazu bei, daß ihre Führungsgruppen wenig Übereinstimmung zu zeigen vermochten.

Sei es nun de jure Segregation (d. h. durch Staatsgesetze verordnete Rassentrennung) im Süden oder de facto Segregation (d. h. tatsächlich praktizierte bzw. gesellschaftlich geduldet Rassentrennung) im Norden, ihre Realität bewirkte, daß die Neger — von wenigen Ausnahmen abgesehen — günstigstenfalls die Rolle eines Staatsbürgers zweiter Klasse (second-class citizenship) zu spielen vermochten, im Wirtschaftskampf ohne echte Chancengleichheit blieben und in ihrem Selbstverständnis schwersten Belastungen ausgesetzt wurden.

Diesem von King als verfassungsrechtlich unhaltbar, in seinen Konsequenzen als ungerecht und unmenschlich sowie moralisch als zutiefst verwerflich erkannten System sagte er seinen Kampf an. Hier fand er das Kriterium für seine Entscheidungen und das Ziel der gewaltfreien Aktion: Segregation bewirkt das Böse. Was der Rassentrennung dient, in Motivation und Tat, ist verwerflich. Nicht die Menschen, die die Rassentrennung in all ihren Formen ver-

¹²⁾ Zur Geschichte, Problematik und dem jüngsten Wandel der Protesthaltung amerikanischer Neger sei vor allem auf Bd. 357 der „Annals of the American Academy of Political and Social Science“ vom Januar 1965 verwiesen, der dem Thema „The Negro Protest“ gewidmet ist. Zur Geschichte besonders Daniel C. Thompson, *The Rise of the Negro Protest*, ebd. S. 18—29. Siehe auch W. Haywood Burns, *The Voices of Negro Protest in America*, New York—London 1963, Louis E. Lomax, *The Negro Revolt*, New York 1963, Lewis Killian und Charles Grigg, *Racial Crisis in America — Leadership in Conflict*, Englewood Cliffs, N. J. 1964, sowie Alan F. Westin (Herausgeber), *Freedom Now! — The Civil-Rights Struggle in America*, New York 1964.

¹³⁾ Eine gute, allerdings nicht sehr kritische King-Biographie des Chefredakteurs der Negerzeitschrift „EBONY“, Lerone Bennett (*What Manner of Man*, Chicago 1964), liegt in deutscher Übersetzung vor: *Martin Luther King: Freiheitskämpfer und Friedens-Nobelpreisträger*, Frankfurt/M. — Berlin 1965.

¹⁴⁾ Vgl. hierzu E. Franklin Frazier, *Black Bourgeoisie — The Rise of a New Middle Class in the United States*, New York 1957 und 1962.

teidigen und zu rechtfertigen versuchen, sind böse und der Feind: der Feind, demgegenüber Toleranz verwerflich ist, ist das Prinzip, das System, das alle, die in seinen Sog geraten, Verfechter wie Opfer, der Freiheit beraubt und in geistige wie physische Knechtschaft verstrickt. Das Ziel jeder gewaltfreien Aktion im Kampf gegen de jure und de facto Segregation ist die Befreiung aller — Schwarzer wie Weißer, Herrscher wie Machtunterworfenen, Fanatiker wie Gleichgültiger — von dieser jedes Gemeinwesen, jedes menschliche Zusammenleben vergiftenden Tyrannis „Segregation“. Es gilt, den Gegner daran zu hindern, ihn davon abzubringen, sich zum Werkzeug dieses bösen Systems degradieren zu lassen.

Der Kampf gegen Rassentrennung rechtfertigt nach King die Anwendung aller Techniken der Eskalationsskala gewaltfreier Aktion, notfalls bis hin zum zivilen Ungehorsam. Die in guter amerikanischer Tradition gebotene Verhaltenspflicht heißt: „non-cooperation with an evil system“¹⁵⁾. Schließt nicht der zweite Absatz der historischen Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 mit dem Gebot: „Gewiß gebietet die Weisheit, daß von alters her bestehende Regierungen nicht aus geringfügigen und vorübergehenden Anlässen geändert werden sollten; und demgemäß hat jede Erfahrung gezeigt, daß die Menschen eher geneigt sind, zu dulden, solange die Mißstände noch erträglich sind, als sich unter Beseitigung altgewohnter Formen Recht zu verschaffen. Aber wenn eine lange Reihe von Mißbräuchen und Übergriffen, die stets das gleiche Ziel verfolgen, die Absicht erkennen läßt, sie absolutem Despotismus zu unterwerfen, so ist es ihr Recht und ihre Pflicht, eine solche Regierung zu beseitigen und neue Wächter für ihre künftige Sicherheit zu bestellen.“

King zitiert zwar oft Thoreau und die amerikanische Verfassung, nie jedoch diese Stelle der Unabhängigkeitserklärung. *Pflicht* zum Widerstand? Ja! Beseitigung der Regierung? Nur durch demokratische Wahlen! Daher: Wahlregistrierung und Aufruf zur Wahlbeteiligung. Im übrigen gilt es, die Regierenden und Mitbürger auf konkrete Übelstände durch direkte Aktionen, notfalls durch zivilen Ungehorsam aufmerksam zu machen, sie zur Verständigung zu veranlassen, ja notfalls dazu zu nötigen. In seinem berühmten Brief aus dem Gefängnis zu Birmingham vom 16. April 1963 hat King seine Maßstäbe klargelegt¹⁶⁾:

„Nicht nur juristisch, sondern auch moralisch sind wir verpflichtet, dem gerechten Gesetz zu folgen. Gleichmaßen ist man moralisch dazu verpflichtet, gegen das ungerechte Gesetz Widerstand zu leisten. Ja, ich teile die Mei-

nung des heiligen Augustin, der da sagt, daß ‚das ungerechte Gesetz überhaupt kein Gesetz ist‘... Alle Verordnungen der Rassentrennung sind ungerecht und unrecht, weil die Segregation die Seele zerstört und die Persönlichkeit erdrosselt. Dem Verfechter der Rassentrennung verleiht sie ein falsches Gefühl der Überlegenheit, seinem Opfer ein ebenso ungerechtfertigtes Gefühl der Minderwertigkeit. Um die Sprache des jüdischen Philosophen Martin Buber zu gebrauchen: die Rassentrennung setzt an die Stelle der ‚Ich-Du‘-Beziehung die ‚Ich-Es‘-Beziehung und führt dazu, daß Menschen zu Sachen herabgewürdigt werden. So ist Segregation nicht nur politisch, wirtschaftlich und sozialpolitisch ungesund, sondern auch moralisch falsch und sündhaft. Paul Tillich hat gesagt, daß Sünde das gleiche ist wie Trennung und Absonderung. Ist nicht die Rassentrennung wesensmäßig der Ausdruck der tragischen Trennung des Menschen, seiner furchtbaren Absonderung, ja, seiner schrecklichen Sündhaftigkeit? So kann ich reinen Herzens Menschen drängen, der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes aus dem Jahre 1954 (mit der die Rassentrennung in öffentlichen Schulen für verfassungswidrig erklärt worden war) Folge zu leisten, denn sie ist moralisch richtig, und ich kann sie aufrufen, den Rassentrennungsverordnungen Widerstand zu leisten, denn sie sind moralisch unrecht.“

Als weitere Belege seien in diesem Zusammenhang noch einige Sätze zitiert, die sich in Kings relativ unbekanntem, für seine Argumentationsweise jedoch so aufschlußreichen, fingierten Brief des Apostels Paulus an die amerikanischen Christen finden¹⁷⁾:

¹⁵⁾ M. L. King Jr., *Why We Can't Wait*, New York 1964, S. 25.

¹⁶⁾ King, *Warum wir nicht warten können*, S. 107 f.

¹⁷⁾ Martin Luther King Jr., *Strength to Love — A Book of Sermons*, New York 1963, S. 156 ff. „Amerika, wie oft nahmst Du Notwendiges von den Massen und verteiltest Luxus an die Klassen. Wenn Du eine wahrhaft christliche Nation sein willst, mußt Du dieses Problem lösen ... auf demokratische Weise ... Ich muß Euch dringend anhalten, der Rassentrennung in all ihren Erscheinungsformen abzuschwören. Rassentrennung ist eine glatte Absage an die Einheit, die wir in Christus haben ... Ich hoffe, daß die Kirchen Amerikas bei der Überwindung der Rassentrennung eine bedeutende Rolle spielen werden ... Die Kirche muß in die Arena sozialer Aktion vorstoßen. Geduldig Unrecht hinzunehmen wäre beides: feige und unmoralisch. Ihr könnt nicht guten Gewissens Euer Erstgeburtsrecht auf Freiheit für das Linsengericht der Rassentrennung verkaufen ... Kämpft jedoch stets auf christliche Weise und mit christlichen Waffen. Gebt acht, daß die Mittel, die ihr anwendet, genauso rein sind wie die Ziele, die ihr anstrebt ... Laßt Euch von niemandem so sehr erniedrigen, daß Ihr ihn haßt. Meidet stets Gewalttätigkeit. Wenn Ihr in Eurem Kampf die Saat der

„America, how often have you taken necessities from the masses and given luxuries to the classes. If you are to be a truly Christian nation, you must solve this problem . . . within the framework of democracy . . . I must urge you to be rid of every aspect of segregation. Segregation is a blatant denial of the unity which we have in Christ . . . I hope the churches of America will play a significant role in conquering segregation . . . The church must move out into the arena of social action . . . It would be both cowardly and immoral for you patiently to accept injustice. You cannot in good conscience sell your birthright of freedom for a mess of segregated potage . . . But . . . struggle with Christian methods and Christian weapons. Be sure that the means you employ are as pure as the end you seek . . . Let no man pull you so low that you hate him. Always avoid violence. If you sow the seeds of violence in your struggle, unborn generations will reap the whirlwind of social disintegration . . . Even if physical death is the price that some must pay to free their children from psychological death, then nothing could be more Christian . . .“ Und King beschließt seinen Brief mit der apostolischen Mahnung: „I must say to you, as I said to the Church of Corinth, that love is the most durable power in the world . . . In a world depending on force, coercive tyranny and bloody violence, you are challenged to follow the way of love. You will then discover that unarmed love is the most powerful force in all the world.“

Über seine ersten Kontakte mit der Problematik gewaltfreier Aktion und den Prozeß seiner

weiteren theoretischen Auseinandersetzungen hat King in seinem Buch „Stride Toward Freedom — The Montgomery Story“ unter der bezeichnenden Kapitelüberschrift „Pilgrimage to Nonviolence“ eingehender berichtet¹⁸⁾. Danach gehören zu den von ihm als richtungweisende Höhepunkte angeführten literarischen Begegnungen vor allem die mit Thoreaus Essay „On Civil Disobedience“ und Walter Rauschenbuschs Buch „Christianity and the Social Crisis“ (1907) sowie das Studium der Lehre und beispielsweise Praxis Mahatma Gandhis.

Die Lektüre des Thoreau'schen Essays, die für den College-Studenten King nach eigener Aussage ein entscheidendes Erlebnis darstellte, bedeutete die erste Konfrontation mit der Theorie des gewaltfreien Widerstandes¹⁹⁾. Rauschenbuschs Lehre von der hohen sozialen Verantwortlichkeit jedes einzelnen Christen wie der christlichen Kirche schlechthin fand in King einen überzeugten Jünger und Verfechter. Gandhi schließlich wurde zum richtungweisenden Zeugen dafür, daß das Gebot christlicher Nächstenliebe und gewaltfreier Konfliktregelung nicht auf individuelle Beziehungen beschränkt bleiben dürfe, sondern ebenfalls für soziale und staatliche Konfliktsituationen volle Gültigkeit besitze. Wohl sah sich King insbesondere beim Studium der Werke Reinhold Niebuhrs, des scharfen Kritikers pazifistischer Argumentationen, genötigt, seine Einsichten kritisch zu überprüfen. Sein Bekenntnis zur Grundposition eines „realistischen Pazifisten“, wie er sich selbst charakterisierte, blieb jedoch unangefochten²⁰⁾.

IV. King als Praktiker gewaltfreier Aktion

King war gerade 26 Jahre alt, als er 1955 von Boston kommend, wo er als Theologe promoviert hatte, nach Montgomery im Staate Alabama übersiedelte, um das Amt eines Pfarrers zu übernehmen. Er war erst kurze Zeit am Ort, als er im Verfolg des von ihm weder geplanten noch vorgeschlagenen, inzwischen historisch gewordenen Busboykotts, der aus einer spontanen Protestreaktion der Negerbevölkerung Montgomerys Anfang Dezember 1955 hervorging, zum Sprecher des führenden Protestkomitees gewählt und damit gleichsam über Nacht in die Position eines weltweit beobachteten Praktikers gewaltfreier Aktion katapultiert wurde. King hat sich in kürzester Zeit als führender Repräsentant der Negerbevölkerung, eloquenter Interpret ihrer Empfindungen und Intentionen, überzeugender

Prediger der Doktrin gewaltfreier Aktion und beispielgebender Praktiker seiner Lehren internationale Achtung erworben.

Gewalt austret, werden kommende Generationen den Sturmwind sozialer Desintegration ernten. Wenn einige von Euch mit dem physischen Tode dafür bezahlen sollten, daß sie ihre Kinder vom psychischen Tode befreien, so könnte nichts christlicher sein . . . Ich habe Euch zu sagen, wie ich der Kirche von Corinth sagte, daß die Liebe die weitaus beständigste Macht in der Welt ist . . . In einer Welt, die von Zwang, bedrängender Tyrannei und blutiger Gewaltsamkeit besessen ist, seid Ihr herausgefordert, dem Weg der Liebe zu folgen. Ihr werdet dann entdecken, daß unbewaffnete Liebe die weitaus machtvollste Kraft in der ganzen Welt ist.“

¹⁸⁾ Martin Luther King Jr., *Stride Toward Freedom — The Montgomery Story*, New York 1958, S. 71—86.

¹⁹⁾ Ebd., S. 72.

²⁰⁾ Ebd., S. 79.

Als der Busboykott nach fast einjähriger Dauer am 14. November 1956 für beendet erklärt wurde, war King zur Symbolfigur der neuen Protestbewegung avanciert, einer Protestbewegung, die nach Montgomery — in weiten Teilen des Landes vor allem in Form von gewaltfreien Sitzstreik-Aktionen — auch weiterhin ständig an Bedeutung zunahm.

Was hatte der gewaltfreie Protest in Montgomery zu bewerkstelligen vermocht? Es dürfte kaum zutreffen, daß es wirklich die gewaltfreien Aktionen des Busboykotts waren, welche die Aufhebung der Rassentrennung in den öffentlichen Verkehrsmitteln der Stadt bewirkt haben.

Tatsächlich sind am Tage vor der Beendigung des Boykotts, dem 13. November 1956, zwei bedeutsame Gerichtsentscheidungen verkündet worden, von denen die eine dem Boykott den Todesstoß zu versetzen drohte, die andere jedoch seine Voraussetzungen beseitigte²¹). Während ein Gericht des Staates Alabama das von den protestierenden Negern organisierte freiwillige Transportsystem, ohne dessen Einsatz der Boykott zusammenbrechen mußte, für rechtswidrig und damit für verboten erklärte, entschied der Supreme Court in Washington, daß die Rassentrennung in den öffentlichen Verkehrsmitteln Montgomerys verfassungswidrig sei. Der Busboykott hatte zwar den Protest der Neger vor aller Welt dokumentiert, das erstrebte Verbot der Rassentrennung in den Bussen selbst war jedoch durch Beschluß des Obersten Bundesgerichts herbeigeführt worden. Nicht die durch gewaltfreie Aktionen erwirkte Einsicht der Stadtbehörden, sondern die staatliche Intervention des Bundes erzwang den Erfolg. Diese Wechselbeziehung zwischen lokaler gewaltfreier Aktion und bundesstaatlicher Intervention, die zahlreichen, vor allem weitpublizierten Protestaktionen in den Südstaaten der USA erst tatsächlich zum Erfolg verhalf, muß stets in Rechnung gestellt werden, soll die Leistungsfähigkeit gewaltloser Kampfmaßnahmen, wie sie von der Pro-

testbewegung der Neger im ersten Jahrzehnt nach Montgomery angewandt wurden, zutreffend eingeschätzt werden.

Der historische Beitrag jener von Martin Luther King von 1955 (Montgomery) bis 1963 (Birmingham) besonders wirksam propagierten und im Süden der USA von den Negern recht erfolgreich praktizierten gewaltfreien Aktion liegt einmal darin, daß sie sich vornehmlich dank des Fernsehens und der übrigen Massenkommunikationsmittel als Technik wirkungsvoller Protestdemonstrationen zur Dramatisierung evidenter Übelstände bewährte. Zum andern und vor allem liegt er jedoch in der Qualität des Selbstbewußtseins, das diese Kampftechnik demjenigen verleiht, der sich ihrer, notfalls unter Einsatz seines Lebens, bedient: Gewaltfreie Aktion als Waffe des wahrhaft Starken.

Die Periode der dramatischen Erfolge gewaltfreier Kampfmaßnahmen in Verbindung mit bundesstaatlichen Interventionen erreichte in den Jahren 1963/64 ihren Höhepunkt. Birmingham 1963, der Marsch nach Washington im August des gleichen Jahres und die 1964 erfolgte Verabschiedung des ersten umfassenden Bürgerrechtsgesetzes, das mehr als 100 Jahre nach der Emanzipationserklärung auch den Negern des Südens formale Rechtsgleichheit zu sichern versprach, sind als wichtige Daten in die Geschichte der Bürgerrechtsbewegung eingegangen. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Martin Luther King im Jahre 1964 bedeutete Anerkennung und Hochachtung nicht nur für die persönlichen Leistungen des Preisträgers, sondern auch für all diejenigen Kampfgefährten der Protestbewegung²²) — Schwarze wie Weiße —, die sich allen Widerständen, Provokationen und Drohungen zum Trotz für den Weg gewaltfreier Aktion entschieden hatten. Für King bedeutete die Auszeichnung aber nicht nur Anerkennung und moralische Unterstützung, sondern zugleich auf Grund der damit verbundenen Hoffnungen, Erwartungen und Verpflichtungen zusätzliche Belastung.

V. King und das Getto-Problem des Nordens

Seit Montgomery steht der redegewaltige Prediger Dr. King, der neben vielen Negern vor allem seine weißen Mitbürger so wirksam anzusprechen weiß und gerade für die letzteren lange Zeit als der entscheidende Interpret der Intentionen der Neger galt — seit Montgomery steht der als Taktiker, Organisator und Administrator allerdings nicht selten scharf kritisierte Lehrer und Praktiker der gewaltfreien Aktion Martin Luther King im hellen Rampen-

licht der Öffentlichkeit. Die permanente Spannung zwischen den mannigfachen Erwartungen, die an ihn als Symbolfigur der Bürgerrechtsbewegung gestellt werden, einerseits und den massiven Sachproblemen, mit denen

²¹) Hierzu und zum Folgenden vgl. ebd., S. 129—131.

²²) Über die mannigfachen Organisationen, deren Geschichte, Funktionen, Strukturen und Arbeitsweisen informiert der in Anm. 12 angeführte Sammelband „The Negro Protest“, S. 97—126.

er sich konfrontiert findet, andererseits lastet mit zunehmendem Gewicht auf ihm.

Die Probleme sind gewachsen, nachdem sich seit Mitte der sechziger Jahre der Schwerpunkt des öffentlich diskutierten Rassenkonflikts eindeutig vom Süden nach dem Norden der USA verlagerte²³). Im Mittelpunkt der heutigen Auseinandersetzungen steht nicht mehr der Abbau der primitiv-diskriminierenden Rassentrennungsgesetze und -methoden der Südstaaten, sondern die katastrophale Misere der hochexplosiven Gettos in den Großstädten des Landes. Rund drei Viertel der amerikanischen Negerbevölkerung leben heute in den Städten der Vereinigten Staaten. Seit den fünfziger Jahren hat eine wahre Völkerwanderung (eine Art Flüchtlingsbewegung) von bisher rund 5,3 Millionen zumeist junger Neger vom ländlichen Süden in die wachsenden Slums der Großstädte des Nordens und Westens stattgefunden. Ihre Schulausbildung ist in der Regel minimal; ihre Aussicht, einen Arbeitsplatz zu finden, noch geringer. Die rasante industrielle Entwicklung mit ihrer Automationsrevolution verlangt den Facharbeiter, nicht den ungelerten Handlanger. Nach neuesten Schätzungen, die Senator Robert Kennedy kürzlich dem Senat vortrug, sind fast 50 % der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung in den Slums arbeitslos bzw. ohne feste Arbeitsstelle²⁴). Die Schul- und Wohnverhältnisse sind völlig unzureichend. 43 % der überfüllten Getto-Wohnungen entsprechen nicht dem vorgeschriebenen baulichen und hygienischen Mindeststandard. Unter den Experten besteht weitgehend Einmütigkeit darüber, daß Milliardensummen, langfristige Planungen, umfassende Bauvorhaben und Ausbildungsprogramme sowie koordinierte Verwaltungsmaßnahmen dringend erforderlich sind, um nur den größten Übelständen wehren zu können. Die lokalen Mittel sind in der Regel sehr beschränkt; die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Einzelstaaten ist zumeist völlig unzureichend; die Bundeshilfen haben zwar in den letzten Jahren, insbesondere seit den ersten Ansätzen und Aktionen der sogenannten „Great Society“-Gesetzgebung Präsident Johnsons, erheblich zugenommen; sie stehen jedoch in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Erfordernissen.

King kennt die Lage der Gettos und die Lebenswirklichkeit seiner Bewohner ziemlich genau. Immer wieder hat er vor der drohenden Gefahr explosiver Entladungen gewarnt. Seit langem fordert er umfassende Hilfsmaßnahmen, propagiert er einen großangelegten Marshallplan für die städtischen Notstandsgebiete. Um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen

und um seinen Beitrag dafür zu leisten, daß die wahre Lage des Großstadtnegers der Nation zum Bewußtsein gebracht wird, siedelte King 1965 nach Chicago über. Chicago sollte zum Musterbeispiel dafür werden, daß sich die gewaltfreie Aktion auch in den Städten des Nordens als die adäquate Kampftechnik zu bewähren vermag. Den überzeugenden Beweis hierfür hat King bis heute nicht erbringen können²⁵).

In den großstädtischen Armenvierteln des Nordens ist die dramatische Konfrontation weniger zielsicher, die offene „gewaltfreie Feldschlacht“ weniger wirkungsvoll, die Bereitschaft zur Gewaltanwendung aus Wut und Verzweiflung größer als im Süden. Hier stellt sich das Rassenproblem in neuen Dimensionen. Der Kampf richtet sich nicht gegen rechtliche, sondern primär gegen soziale Schranken, zu deren Durchbrechung allerdings auch nach neuem Recht und staatlichem Eingriff verlangt wird. Während im Süden die Negerkirchen als Sammelpunkte der Aktivisten gewaltfreier Protestdemonstrationen eine bedeutsame Rolle spielten, präsentieren die überfüllten Gettostraßen des Nordens eine andere Wirklichkeit. Hier wird eine andere Sprache gesprochen. Es ist nicht die Sprache Martin Luther Kings.

Im Norden wird von vielen nicht nur anders geredet, hier gelten heute auch andere Maßstäbe des Denkens und Handelns. Kings Integrationsziel wird keineswegs von allen geteilt. In den Großstädten des Landes hat sich eine aktive Minderheit innerhalb der schwarzen Minorität des Landes zum Sprecher anderer, unter den Negern Amerikas seit jeher diskutierter Zielsetzungen gemacht. Nicht Integration, sondern „Eigenständigkeit“ heißt ihre Losung — sei es Eigenständigkeit nur für eine Übergangsphase mit dem Ziel der Selbstfindung, deren konsequenter Vollzug als Voraussetzung einer positiven Funktion der Neger in einer später möglicherweise integrierten Gesellschaft erachtet wird; sei es Eigenständigkeit bis zur endgültigen Absonderung in Form eines eigenen Staates für die Neger Amerikas.

„Black Power“ lautet seit Mitte 1966 die schillernde Kampffarole der Vertreter dieser Auf-

²³) Vgl. James H. Laue, *The Changing Character of the Negro Protest*, in: *The Negro Protest*, S. 119—126.

²⁴) Vgl. dazu den Bericht von Joseph Alsop, *The Roots of Horror*, in: *International Herald Tribune*, Nr. 26297, vom 1. August 1967, S. 4, sowie Robert F. Kennedy, *To Seek A Newer World*, Garden City 1967, S. 24, Anmerkung.

²⁵) Siehe hierzu auch Kings jüngsten Erfahrungs- und Zielsetzungsbericht: *Where Do We Go From There: Chaos or Community*, New York 1967. Deutsche Ausgabe: *Wohin führt unser Weg: Chaos oder Gemeinschaft?*, Wien—Düsseldorf 1968.

fassungen. Einige extremradikale farbige Studentenführer wie Stokely Carmichael und Rap Brown verstehen darunter die Bereitschaft, ja Notwendigkeit der Anwendung von bewaffneter Gewalt. Ihr Lehrmeister heißt nicht King, sondern Frantz Fanon, der in seinem Buch „Die Verdammten der Erde“ verkündet, daß erst das gemeinsame Erlebnis der Gewaltanwendung gegen die Unterdrücker und deren Vernichtung wahre Befreiung und Selbstfindung ermögliche. Erst das gemeinsame Gewalterlebnis, die Blutlast, die jeder auf sich nimmt, erzeugt nach Fanon ungebrochenes Selbstbewußtsein und schafft damit die Voraussetzung zur Gewinnung einer neuen, humaneren Wirklichkeit ²⁶⁾.

Andere begreifen „Black Power“ als die Absage an weiße Bevormundung und als Aufforderung zu selbstbewußter Eigenständigkeit, gesteigerter Führungsfähigkeit sowie kollektiver Aktionsbereitschaft als disziplinierte Interessengruppe. Auch King hat in jüngster Zeit — in seiner Führungsrolle von radikal-demagogischen Konkurrenten arg bedrängt — zunehmend den positiven Kerngehalt der „Black Power“-Parole herauszuarbeiten versucht, indem er auf die Notwendigkeit verwies, den amerikanischen Neger zu sich selbst finden zu lassen. Die Schwarzen Amerikas müßten von dem jahrzehntelang anezogenen Minderwertigkeitsgefühl befreit werden, wenn die erstrebte integrierte Gesellschaft verwirklicht werden sollte ²⁷⁾.

Die Selbstfindung und soziale Geborgenheit des amerikanischen Negers können nach King jedoch erst dann erreicht werden, wenn die Nation den Mut aufbringt, der Gewalt abzuschwören. Erst wenn im nationalen wie im internationalen Rahmen Gewaltanwendung als ebenso verachtungswürdig gilt wie der Kannibalismus des Barbaren, hat die Menschheit zu sich selbst gefunden und den Barbarismus überwunden. Will Amerika das Land der Freiheit sein, so muß es auf diesem Wege in die Zukunft beispielhaft vorangehen.

In Vietnam meint King sein Land in eine verwerfliche Gewaltaktion verstrickt zu sehen, die es daran hindere, seine Pflichten gegenüber den sozial entrechteten Bürgern nachzukommen. King sieht sich der Frage konfrontiert, mit welchen Argumenten er den verzweifelten, hoffnungslos in die Zukunft blickenden jungen Negern den Gewaltverzicht glaubhaft abverlangen soll, wenn sein Land Gewaltaktionen praktiziert, die er für verwerflich hält. King hat um seiner eigenen und seiner Lehre Glaubwürdigkeit willen für sich die Konsequenzen gezogen und ist seit März des vergangenen Jahres zum aktiven Kriegsgegner avanciert.

Er hat sich damit die Kritik zahlreicher seiner langjährigen Mitstreiter zugezogen, die ihm vorwerfen, die allseits schwer bedrängte Bürgerrechts- und Protestbewegung zusätzlichen Belastungen auszusetzen ²⁸⁾.

Bezichtigen ihn einige seiner Mitarbeiter der Fahnenflucht, so charakterisieren ihn seine (nicht allzu dünn gesäten) Gegner und Verächter aus den eigenen Reihen als den in Traumvisionen von einer gewaltfreien Welt und Brüderlichkeit schwärmenden Weltverbesserer, der im eigenen Lande auf Grund seines mangelhaften Realismus weitgehend zur Erfolglosigkeit verurteilt sei.

Die Urteile sind hart und einseitig. Unstreitig befinden sich King und die von ihm bisher repräsentativ geführte Bürgerrechtsbewegung zur Zeit in einer ernsthaften Krise. Der drohende Guerillakrieg im eigenen Lande und der praktizierte Guerillakrieg in Vietnam bilden keinen verheißungsvollen Rahmen für die Erfolgsaussichten seiner Aktionen. Wohl gilt es gegenwärtig hier und dort als ein Zeichen besonderer Aufgeklärtheit und Informiertheit, die Bürgerrechtsbewegung überhaupt für tot zu erklären. Derartige Erklärungen sind nicht neu. Auch heute scheint Zurückhaltung geboten. Obgleich die Zeichen auf Sturm deuten, bleibt die Hoffnung bestehen, daß es King, seinen Mitstreitern und Amerika gelingt, die Wirksamkeit gewaltfreier Konfliktregelung auch in dieser von Gewalt besessenen Gegenwart unter Beweis zu stellen. Diese um des Friedens willen gebotene Erwartung bleibt allerdings, wie jede Hoffnung, eine offene Frage an die Zukunft, die nur sie zu beantworten vermag.

²⁶⁾ In den Dienst dieser Gewaltverherrlichungs-Prediger hat sich auch Bernhard Vesper, Herausgeber der Voltaire-Flugschriften, gestellt. Siehe die von ihm eingeleitete und zusammengestellte Flugschrift 14: Black Power — Die Ursachen des Guerilla-Kampfes in den Vereinigten Staaten, Berlin 1967 (Vorwort, S. 3).

²⁷⁾ Das Werbeplakat für die Mitte August 1967 tagende 10. Jahreskonferenz der Southern Christian Leadership Conference, deren Präsident Dr. King ist, zeigte das Gesicht eines Negermädchens mit der Aufschrift: „Black Is Beautiful — And It Is So Beautiful To Be Black.“

²⁸⁾ Besonders aufschlußreich und typisch zugleich ist der in „The Reader's Digest“ (Sept. 1967, S. 37—42) publizierte Artikel von Carl T. Rowan, Martin Luther King's Decision. Rowan war der erste amerikanische Neger, der von Februar 1964 bis September 1965 in seiner Eigenschaft als Direktor der U.S. Information Agency an den Kabinettsitzungen des Präsidenten teilnahm. Für eine frühe, vorsichtige Kritik an King seitens eines bedeutenden und führenden Neger-Schriftstellers siehe den Aufsatz von James Baldwin, The Dangerous Road before Martin Luther King, in: Harper's Magazine, Febr. 1961, S. 33—42.